

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Lückenschluss im Radnetz unter Berücksichtigung von Begrünungsmöglichkeiten entlang der Wiedner Hauptstraße

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Wiedner Hauptstraße zwischen Blechturmstraße und Hartmannngasse einen Zweirichtungsradweg zu errichten, um die bestehende Lücke in der dortigen Radinfrastruktur zu schließen. Im Rahmen dieser Umgestaltung sollen Begrünungsmaßnahmen – insbesondere die Pflanzung neuer Bäume – mitgedacht und, wo möglich, auch umgesetzt werden.

Begründung

Bereits 2024 wurde die Wiedner Hauptstraße im 4. Bezirk erfolgreich umgestaltet und bietet seither eine um ein Vielfaches höhere Radfahr- und Aufenthaltsqualität als zuvor. Leider wurde die Chance bisher nicht genutzt, dieses Projekt bis in den 5. Bezirk weiterzuführen. Dabei münden in die Wiedner Hauptstraße zahlreiche weitere wichtige Radrouten, etwa jene in der Stolberggasse. Diese essenzielle Ost-West-Verbindung erschließt den Süden Margareten und verbindet ihn mit der Wiener Innenstadt sowie dem 12. Bezirk. Mit einer Verlängerung des Radwegs aus dem 4. Bezirk bis zur Hartmannngasse würde diese Lücke im Radwegenetz geschlossen und das Radfahren in Margareten weiter aufgewertet.

Darüber hinaus ist Margareten einer der Hitzebezirke Wiens und verfügt über viel zu wenig öffentlichen Grünraum. Umso wichtiger ist es, jede Gelegenheit zur Schaffung neuen Grüns zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Wiedner Hauptstraße und die Grätzeln rund um die Blechturmstraße, die regelmäßig zu den heißesten Gebieten Wiens zählen und unter schlechter Luftqualität leiden. Die Pflanzung neuer Bäume ist daher unabdingbar, um die Lebensqualität in Margareten nachhaltig zu verbessern.

BR Raphael Neuwirth

BRin Julia Fritz



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 folgende

RESOLUTION

Weihnachtsfest, daheim in der Nachbar:innenschaft

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, ein jährliches Weihnachtsfest im Bezirk abzuhalten und zu etablieren, an dem alle Bewohner:innen Margareten und darüber hinaus teilhaben können.

Begründung

Vom Rathausplatz über den Spittelberg bis nach Schönbrunn: Weihnachtsmärkte und adventliche Veranstaltungen prägen in ganz Wien das Stadtbild. Nur in Margareten fehlte bisher ein jährlich wiederkehrendes Fest, das diese besondere Atmosphäre auch in unseren Bezirk bringt. Mit der Initiative von Bezirksvorsteher Luxenberger wurde nun der erste wichtige Schritt gesetzt – und die Bezirksvertretung bekennt sich ausdrücklich dazu, diesen Zauber künftig jedes Jahr sichtbar und erlebbar zu machen.

Ein Margaretner Weihnachtsfest kann zu einem winterlichen Fixpunkt werden, der den Menschen im Bezirk ermöglicht, die Adventszeit direkt vor ihrer Haustür zu genießen – ohne lange Wege, ohne Ausweichen in andere Bezirke. Es schafft Raum für Begegnung, Gemeinschaft und ein Miteinander, das gerade in der dunklen Jahreszeit wohltut. Darüber hinaus eröffnet ein solches Fest lokale Chancen: Betriebe, Kunsthandwerker:innen und Gastronomie können ihre Produkte und Angebote präsentieren, wodurch die regionale Wertschöpfung im Bezirk gestärkt wird. Gleichzeitig steigert ein etabliertes Weihnachtsfest die Attraktivität Margareten als lebendigen, kulturell offenen Stadtteil – und kann so auch Besucher:innen von außerhalb anziehen, die die Vielfalt und Wärme unseres Bezirks neu entdecken. Ein jährliches Weihnachtsfest ist daher weit mehr als ein stimmungsvolles Ereignis: Es ist ein Beitrag zu kultureller Lebendigkeit, wirtschaftlicher Belebung und einem starken, solidarischen Miteinander im Herzen von Margareten.

BRin Elena Jaklitsch

BRin Julia Fritz



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 folgende

RESOLUTION

Kulturbezirk der Zukunft

Die Bezirksvertretung Margareten bekennt sich ausdrücklich dazu, Margareten als "Kulturbezirk" weiterzuentwickeln und diverseste Kunstformen im Bezirk sowie Kunst im öffentlichen Raum in ihrer Sichtbarkeit zu fördern und die Vernetzung von Kunstschaffenden sowie der kulturellen und künstlerischen Institutionen im Bezirk zu unterstützen. Die Vergabe der Fördermittel, die durch die Kommission für Kunst, Kultur & Bildung vergeben werden, sollen sich an transparenten und an den Bedürfnissen der Kunstschaffenden orientierten Kriterien orientieren. Außerdem bekennt sich Margareten als Kulturbezirk zur Unterstützung der sogenannten "Freien Szene".

Begründung

In Zeiten von Budgetkürzungen und ausbleibenden wirtschaftlichem Wachstum trifft es vor allem die freie Szene und jene Kunstschaffenden, die außerhalb etablierter Kulturinstitutionen arbeiten. Für sie bedeuten solche Einschnitte oft eine prekäre Lebensrealität. Gerade deshalb sollte es Margareten als Kulturbezirk ein zentrales Anliegen sein, diesen Entwicklungen auf lokaler Ebene entschieden entgegenzutreten und sich klar zu einer diversen, freien und lebendigen Kunstszene zu bekennen.

Die Kommission für Kunst, Kultur und Bildung arbeitet zudem gemeinsam mit allen darin vertretenen Parteien daran, die Bedürfnisse der Kunst- und Kulturschaffenden ins Zentrum ihres Handelns zu stellen. Von einer sichtbaren und pulsierenden Kunstszene profitieren in Margareten nicht nur die lokale Bevölkerung und kulturelle Einrichtungen, sondern auch Künstler:innen sowie Betriebe wie Cafés und Restaurants. Der Wert von Kunst darf dabei nicht als bloßer marktwirtschaftlicher Faktor betrachtet werden, sondern muss als essenzielle Säule eines funktionierenden, lebenswerten und demokratischen Bezirks verstanden werden.

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Margareten & der Wiener Volkspartei Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Grün statt Grau – Mikrogrünräume auf der Wiedner Hauptstraße gemeinsam mit den Nachbar:innen schaffen

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, entlang der stark versiegelten und vom Verkehr geprägten Wiedner Hauptstraße sogenannte Mikrogrünräume zu schaffen. Diese sollen im Sinne echter Partizipation gemeinsam mit den Anrainer:innen geplant werden.

Begründung

Die Wiedner Hauptstraße präsentiert sich – im Abschnitt in Margareten – als unattraktiver, weitgehend versiegelter Straßenraum mit wenig Grün und geringer Aufenthaltsqualität. Da umfassende Umgestaltungen aktuell sowohl durch Budgetfragen als auch durch den laufenden U-Bahnbau begrenzt sind, bietet die Schaffung von Mikrogrünräumen eine rasch umsetzbare, kostengünstige und dennoch wirkungsvolle Möglichkeit zur Verbesserung des Stadtklimas.

Kompakt angelegte, bewusst gestaltete Grüninseln sorgen für Abkühlung, binden Feinstaub, schaffen ein angenehmes Mikroklima und erhöhen die Lebensqualität für alle, die hier wohnen, arbeiten oder unterwegs sind. Gleichzeitig fördern sie Begegnung und stärken das nachbarschaftliche Miteinander. Mikrogrünräume sind damit ein einfaches, aber wirksames Instrument, um dem Grau der Straße ein Stück lebendige Stadtnatur entgegenzusetzen.

BRin Petra Tierscherl

BRin Julia Fritz

BR Alexander Maly

BRin Maria Böhm



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Margareten & der NEOS Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 folgenden

ANTRAG

Modern und digital – Margareten als Pilotbezirk für digitale Politik

Die zuständigen Stellen des Wiener Magistrats werden ersucht, für das Projekt *DigiPol* den Bezirk Margareten als Pilotbezirk für die komplette Digitalisierung politischer Antrags- und Beschlussprozesse vorzusehen.

Begründung

In Wien werden jedes Jahr rund 150.000 Seiten Papier für politische Sitzungsunterlagen gedruckt – obwohl diese längst digital erstellt werden. *DigiPol* bietet erstmals ein Werkzeug, das die vollständig digitale Erstellung, Verwaltung und Signatur politischer Anträge ermöglicht. Damit entfallen Medienbrüche sowie unnötiger Papierverbrauch und zusätzlicher Arbeitsaufwand.

Eine Pilotumsetzung in Margareten würde nicht nur sichtbar zum Umwelt- und Ressourcenschutz beitragen, sondern auch die Effizienz und Transparenz politischer Arbeit entscheidend stärken. Schnellere Abläufe, geringere Kosten, eine einheitliche Dokumentation und eine reibungslosere Zusammenarbeit aller Beteiligten: Margareten kann hier eine echte Vorreiterrolle einnehmen und wertvolle Erfahrungen für eine spätere wienweite Umsetzung liefern.

Lassen wir Margareten als Politbezirk den Schritt zur vollständigen Digitalisierung gehen – mutig, modern und zukunftsorientiert.

BRin Lena Nanut

BRin Julia Fritz

BRin Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

Maßnahmen gegen den Verkauf von Alkohol über Automaten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht in Kooperation mit Herrn Bezirksvorsteher folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Verstärkte Kontrollen insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden bei Verkaufsautomaten, die alkoholische Getränke anbieten.
2. Prüfung einer Untersagung des Betriebs von Verkaufsautomaten an jenen Standorten, an denen es wiederholt zu Ruhestörungen sowie zu Verstößen gegen Jugendschutzbestimmungen kommt.
3. Konsequente Vollziehung des Verbots des Verkaufs alkoholischer Getränke außerhalb von Betriebsräumen sowie der gesetzlichen Verpflichtung zur persönlichen Alterskontrolle innerhalb von Betriebsräumen.
4. Prüfung von Schutzzonen im Umfeld von Schulen, Parks, Wohngebieten sowie in unmittelbarer Nähe von Cannabis-Fachgeschäften, um dort den Betrieb von Alkoholautomaten grundsätzlich auszuschließen.

Begründung

Im Umfeld von diversen derartigen Automaten kommt es regelmäßig zu erheblichen nächtlichen Ruhestörungen. Besonders problematisch ist zT eine unmittelbare Nähe zu einem Geschäft, das zusätzlich Cannabisprodukte anbietet. Diese Kombination führt zu verstärkten Gruppenansammlungen, Lärmbelästigungen, Vermüllung und teils aggressivem Verhalten.

Der Verkauf alkoholischer Getränke über Automaten ist in Wien rechtlich klar geregelt:

- Außerhalb von Betriebsräumen ist der Verkauf verboten.
- Innerhalb von Betriebsräumen ist er nur zulässig, wenn eine persönliche Alterskontrolle durch anwesendes Personal erfolgt.

Technische Lösungen wie Bankomatkarten oder Soft-ID-Systeme entsprechen dieser gesetzlichen Vorgabe ausdrücklich nicht. An den betroffenen Standorten wird die Rechtslage jedoch nicht eingehalten, was sowohl den Jugendschutz als auch die öffentliche Ordnung unterläuft.

Die Erfahrung zeigt, dass rund um rund-um-die-Uhr-Alkoholautomaten ein erhöhtes Konfliktpotenzial entsteht: Lärm, Alkoholisierung, Unruhe und Beeinträchtigungen des Wohnumfeldes. Für Anrainer:innen bedeutet das eine deutliche Minderung der Lebensqualität.

Ziel dieses Antrags ist daher,

- nächtliche Ruhestörungen wirksam zu reduzieren,
- die Sicherheit und Lebensqualität im Grätzl nachhaltig zu verbessern,
- und den Jugendschutz in Margareten konsequent umzusetzen.



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Ing. Christian Bader

Öffentlicher Defibrillator-Schrank am Margaretenplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, am Margaretenplatz einen rund um die Uhr zugänglichen, öffentlich einsehbaren und technisch überwachten Defibrillatorschrank zu errichten und entsprechend zu kennzeichnen.

Begründung

Der Margaretenplatz ist einer der wichtigsten und meistgenutzten Aufenthalts- und Begegnungsräume unseres Bezirks. Er liegt im Zentrum eines dicht bewohnten Gebietes mit hoher Passant:innenfrequenz durch Anrainer:innen, Gewerbetreibende, Gastronomie sowie Besucher:innen der umliegenden Kultur- und Sozialangebote. Trotz dieser hohen Frequenz gibt es am Platz selbst keinen jederzeit zugänglichen Standort für einen automatisierten externen Defibrillator (AED).

Herz-Kreislauf-Notfälle passieren ohne Vorwarnung – oftmals mitten im Alltag, auf Wegen, Plätzen oder in Lokalen. Die ersten Minuten entscheiden über Leben und Tod. Öffentliche AEDs, die gut sichtbar und barrierefrei erreichbar sind, erhöhen die Überlebenschancen nachweislich.

Ein moderner Defibrillator-Schrank bietet:

- Ständige Einsatzbereitschaft, da Temperatur, Luftfeuchte und Stromversorgung überwacht werden
- Automatische Alarmierung bei Entnahme oder technischer Störung
- Schutz von Batterie und Elektroden durch kontrollierte Temperaturführung
- Lückenlose Dokumentation aller Umgebungsdaten – wichtig für Garantien und Funktionssicherheit
- Hohe Sichtbarkeit und Bewusstseinsbildung durch klare Kennzeichnung im öffentlichen Raum

Der Margaretenplatz eignet sich aufgrund seiner Struktur und Lage besonders für einen solchen Standort: viele Menschen, hohe Verweildauer, Gastronomie, öffentlicher Verkehr in unmittelbarer Nähe und ein vielfältiges soziales Umfeld. Ein AED an diesem Platz würde die gesundheitliche Sicherheit im Herzen von Margareten unmittelbar und nachhaltig verbessern.

Mit der Errichtung eines überwachten Defibrillator-Schranks setzt der Bezirk ein starkes Zeichen für Vorsorge, Zivilcourage und moderne Gesundheitsinfrastruktur im öffentlichen Raum.

Mehr Sitzgelegenheiten & Verweilorte für einen lebendigen, generationenfreundlichen Bezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, insbesondere die MA 28 (Straßenverwaltung und Straßenbau) – werden ersucht, für folgende Straßen alle 100 Meter Sitzgelegenheiten & Verweilorte für die Bewohner:innen und einen lebendigen, generationenfreundlichen Bezirk zu errichten: Nikolsdorfer Gasse, Zentagasse und die Wiedner Hauptstraße auf beiden Seiten.

Begründung

Diese Straßen sind wichtige Alltagsrouten – aber bisher fehlt es hier an ausreichend Aufenthaltsqualität und Sitzgelegenheiten, um am Weg pausieren zu können. Daher beantragen wir die Schaffung zusätzlicher, barrierefreier und begrünter Verweilorte in den genannten Bereichen. Mit Bänken, Schatten, möglicher Begrünung und smarten Lösungen, die den Straßenraum für alle Altersgruppen lebenswerter machen.

Viele Margaretnrinnen wünschen sich genau das: Mehr schattige, gut erreichbare Sitzgelegenheiten, die für alle Generationen funktionieren – für junge Familien, für Menschen, die auf ihrem Weg eine Pause brauchen, und für alle, die im Grätzl einfach ein paar Minuten Ruhe finden möchten.

Margareten ist ein Bezirk, der verbindet – dicht bebaut, urban, vielfältig. Genau deshalb braucht es Orte, an denen Menschen kurz innehalten können: Zum Ausruhen, Plaudern, Spielen, Lesen oder einfach, um das bunte Treiben zu genießen. Verweilplätze sind nicht nur nett – sie machen unseren Alltag leichter und den öffentlichen Raum sozialer.

Ein Bezirk lebt von seinen Menschen – und Menschen brauchen Raum. Investieren wir in Orte, die Begegnung ermöglichen, soziale Wärme stärken und Margareten noch lebenswerter machen. Denn: Einladender öffentlicher Raum ist gutes Stadtklima – im sozialen wie im ökologischen Sinn.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

Saubere Sammelstellen: Nachhaltigkeit stärken, Vermüllung stoppen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere die MA 48 und MA 28 - werden ersucht, die Umgebung der Margaretner Sammelstellen (bspw. Altkleidercontainer und Bücherkästen) regelmäßig zu reinigen, standortbezogene Kontrollen durchzuführen, um Vermüllung frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern sowie klare Hinweisschilder aufzustellen, die auf richtige Nutzung und Entsorgungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

Begründung

Die Kleidersammelcontainer und Bücherkästen in Margareten sind wertvolle Orte der Nachhaltigkeit – sie ermöglichen Wiederverwertung, Ressourcenschonung und unkomplizierten Austausch. Besonders die Bücherschränke sind für viele Margaretn:innen liebgewonnene Tauschzentralen, die das Grätzl beleben.

Doch gerade diese positiven Angebote leiden zunehmend unter falscher Nutzung: Altkleidercontainer werden regelmäßig durchwühlt, und alles „Nichtbrauchbare“ landet achtlos daneben. Rund um die Container sammeln sich dadurch immer häufiger Matratzen, Elektroschrott und Sperrmüll.

Auch Bücherkästen sind – je nach Standort – von Vermüllung betroffen: beschädigte Bücher liegen am Boden, werden nass, verrotten und ziehen weitere Verschmutzung nach sich.

Das Ergebnis: Orte der Nachhaltigkeit werden zu Problemzonen, statt zu einem Gewinn für die Nachbarschaft.

Nachhaltige Angebote funktionieren nur, wenn sie sauber, gepflegt und einladend sind. Gemeinsam können wir Verwertung statt Vermüllung fördern – für ein schönes, lebenswertes und umweltbewusstes Margareten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

Familienhotspot Klieberpark – sauber, sicher, kindergerecht

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere die MA 42 und MA 48 werden ersucht, im Klieberpark hygienische Infrastruktur (eine moderne, betriebseffiziente Toilette mit Wickeltisch und fix installierter Spritzenbox) zu errichten und eine gut sichtbare Kennzeichnung „Hundeverbots“ anzubringen.

Begründung

Es fehlt eine funktionierende Toilette, es liegen gebrauchte Spritzen im Gras, Hundekot wird oft nicht entsorgt, und im Sommer gab es kein frisches Trinkwasser für die Kinder. Abends wird mangels Sanitäranlagen in Büsche uriniert – ein Zustand, der für Familien weder zumutbar noch hygienisch ist. Der Klieberpark ist ein echtes Herzstück des Bezirks – aber er braucht dringend eine Infrastruktur, die ihm gerecht wird: sauber, modern und sicher für Kinder.

Wir fordern daher:

1. Eine moderne, betriebseffiziente Toilette mit Wickeltisch
– inkl. Photovoltaik-Anlage für eine nachhaltige Energieversorgung.
2. Eine fix installierte Spritzenbox und genügend Abfallcontainer
– um gefährliche Abfälle sofort sicher entsorgen zu können.
3. Einen dauerhaft funktionierenden Trinkwasserbrunnen
– damit Kinder und Familien im Sommer zuverlässig frisches Wasser haben.
4. Ein gut sichtbares Hundeverbots-Piktogramm am Zugangsweg
– klar, großflächig, nicht zu übersehen.

Der Klieberpark ist einer der wichtigsten Alltagsorte für Familien im Grätzl. Kinder lernen dort Radfahren, toben über die Wiesen und treffen Freund*innen. Eltern und Großeltern nutzen den Park als sicheren Raum zum Durchatmen. Auch die Nachbarschaftsgärtner*innen machen ihn zu einem lebendigen Ort des Austausches.

Rund um den Klieberpark leben tausende Menschen, darunter besonders viele Kinder. Für sie ist der Park oft der einzige frei zugängliche, konsumfreie Ort zum Spielen und Bewegen. Doch ohne Hygiene, Sicherheit und funktionierende Infrastruktur verliert der Park seine wichtigste Aufgabe: Kindern einen geschützten, gesunden und freundlichen Raum zu bieten.

Nur mit klaren Investitionen in Hygiene, Kindersicherheit und funktionierende Grundversorgung kann der Klieberpark wieder zu dem werden, was er sein soll:
Ein lebendiger, sicherer und kinderfreundlicher Treffpunkt für das ganze Grätzl.

Familienpark Hochhauspark – wieder sicher und kinder- und jugendgerecht

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, wird ersucht zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine mobile Polizeiinspektion, bis zur Wiedereröffnung der dritten ständigen Polizeiinspektion im Westen von Margareten (Antrag der SPÖ Margareten Herbst 2023), im Leopold-Rister-Park oder in dessen Nähe, in Kooperation mit der Landespolizeidirektion Wien, bereitgestellt werden kann.

Begründung

Der Leopold-Rister-Park (gerne Hochhauspark genannt) ist einer der wichtigsten Familien-, Begegnungs- und Bewegungsräume im Bezirk. Immer mehr Bewohner:innen berichten jedoch von belastenden Situationen, die durch die Nähe zur Haltestelle Matzleinsdorfer Platz und die Verlagerung der Drogenszene entstehen.

Unser Ansatz verbindet Sicherheit, Prävention und soziale Verantwortung – denn öffentliche Räume müssen für Kinder, Jugendliche und Familien ohne Einschränkungen nutzbar bleiben.

Wir wollen kinder- und jugendgerechte Sicherheit schaffen – ohne Stigmatisierung und ohne harte Maßnahmen, sondern mit sozialem Augenmaß. Es braucht einen regelmäßigen Einsatz einer mobilen Polizeistation, um die Verlagerung der Drogenszene vom nahegelegenen Waldmüllerpark (10. Bezirk) in Margaretner Parks zu stoppen und Sicherheit zurückzubringen und für mehr Ansprechbarkeit und Präsenz zu sorgen sowie ein mobiles Drogenpräventionsteam, das Jugendliche erreicht, bevor Probleme entstehen.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Familienpark Klieberpark – wieder sicher und kinder- und jugendgerecht

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, durch eine neues mobiles Drogenpräventionsteam im Klieberpark kinder- und jugendgerechte Sicherheit zu schaffen – ohne Stigmatisierung und ohne harte Maßnahmen, sondern mit sozialem Augenmaß.

Begründung

Der Klieberpark ist einer der wichtigsten Familien-, Begegnungs- und Bewegungsräume im Bezirk. Immer mehr Bewohner:innen berichten jedoch von belastenden Situationen, die durch die Nähe zur Haltestelle Kliebergasse und die Verlagerung der Drogenszene aus dem Waldmüllerpark entstehen.

Unser Ansatz verbindet Sicherheit, Prävention und soziale Verantwortung – denn öffentliche Räume müssen für Kinder, Jugendliche und Familien ohne Einschränkungen nutzbar bleiben.

Wir wollen kinder- und jugendgerechte Sicherheit schaffen – ohne Stigmatisierung und ohne harte Maßnahmen, sondern mit sozialem Augenmaß. Es braucht einen regelmäßigen Einsatz einer mobilen Polizeistation, um die Verlagerung der Drogenszene vom nahegelegenen Waldmüllerpark in den Klieberpark zu stoppen und Sicherheit zurückzubringen und für mehr Ansprechbarkeit und Präsenz im Park zu sorgen sowie ein mobiles Drogenpräventionsteam, das Jugendliche erreicht, bevor Probleme entstehen.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Susanna Wouk-Djokovic

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA



Initiative „Respekt gemeinsam sicher“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, in Margareten weitere Aktionen der wichtigen Initiative „Respekt gemeinsam sicher“, vorzugsweise an den Örtlichkeiten Margaretengürtel 22 (Julius-Ofner-Hof) sowie Margaretengürtel 68-74 (Theodor-Körner-Hof) umzusetzen.

Begründung

Nachbarschaftliches Miteinander braucht Regeln, in der Stadt genauso wie im Gemeindebau. In allen Wiener Gemeindebauten gibt es Hausordnungen – mit Regeln für die richtige Müllentsorgung, für Gemeinschaftsräume und für einen respektvollen Umgang der Mitmenschen im Alltag. Dieses Regelwerk muss täglich gelebt werden – mit offener Kommunikation und Lösungen im Dialog. „Respekt gemeinsam sicher“, eine Initiative von wohnpartner, Wiener Wohnen und Grätzlpolizei fordert die Spielregeln des sozialen Miteinanders ein und fördert die Sicherheit. Damit wird zu einem noch besseren Wohnumfeld beigetragen.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Erhöhung der Rad- und Fußwegsicherheit entlang der Rechten Wienzeile zwischen Spengergasse und Redergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 46 werden um geeignete verkehrsorganisatorische Maßnahmen entlang der Rechten Wienzeile zwischen Spengergasse und Redergasse ersucht, welche die Sicherheit für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen deutlich erhöhen. Allfällige, durch eine Neugestaltung, verlorengelassene PKW-Stellplätze sind durch Anwohner:innenparkplätze in ausreichendem Maße zu kompensieren.

Begründung

Die derzeitige Ausführung des o.g. Radweges – insbesondere dessen Breite – wird dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Rad- und Fußwegbenutzer:innen bedauerlicherweise nicht ausreichend gerecht.

Anhang



Fotos: wien.gv.at



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Erhöhung der Radwegsicherheit in der Margaretenstraße von ONr. 61 bis ONr.69

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA 46, werden um geeignete verkehrsorganisatorische Maßnahmen ersucht, welche die Sicherheit für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen in der Margaretenstraße von ONr. 61 bis ONr.69 deutlich erhöhen. Allfällige durch eine Neugestaltung verlorengelassene PKW-Stellplätze sind durch Anwohner:innenparkplätze in ausreichendem Maße zu kompensieren.

Begründung

Die derzeitige Ausführung des o.g. Radweges – insbesondere dessen Breite – wird dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Rad- und Fußwegbenützer:innen bedauerlicherweise nicht ausreichend gerecht.

Anhang



Foto: wien.gv.at.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerichte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Wiedner Hauptstraße / Hartmannngasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an der Kreuzung Wiedner Hauptstraße / Hartmannngasse für Rollstuhlbenützer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benützer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Foto: salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerichte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Stolberggasse/Nikolsdorfer Gasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an der Kreuzung Stolberggasse/Nikolsdorfer Gasse für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benutzer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Foto: salaun

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit zwischen Wiedner Hauptstraße 84-86 zur Wiedner Hauptstraße 83

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten zwischen Wiedner Hauptstraße 84-86 zur Wiedner Hauptstraße 83 für Rollstuhlbenützer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benützer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Foto: Salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Margaretenstraße / Pilgramgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an der Kreuzung Margaretenstraße / Pilgramgasse für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benutzer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Fotocredit: Salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Bräuhausgasse / Grohgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an der Kreuzung Bräuhausgasse / Grohgasse für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene Anrainer:innen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für Benutzer:innen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Planausschnitt: wien.gv.at

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Christian Seidl

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

Bürger:innen – Entscheidung ernst nehmen: Klimateam-Projekte konsequent umsetzen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden um Umsetzung der noch nicht umgesetzten von der Bürger:innen-Jury ausgewählten Klimateam-Projekte für Margareten ersucht:

Projekt „Superblock Vorbereitung, Testphase, Pilot, temporär“.
Projekt „Begrünungszone Margaretenstraße“.

Begründung

Im 1. Klimateam-Jahr 2022 haben die Wiener:innen viele tolle Ideen für das Klima in Margareten eingebracht. Aus 309 eingereichten Ideen für Margareten sind 27 Projektskizzen geworden.

Eine repräsentativ geloste Gruppe an Bewohner:innen hat sich schließlich für 5 Projekte entschieden. Die Projekte „Repair-Café 1050“, „Klimatag im Frühjahr“, „Fassadenbrünung und mehr“ wurden bereits umgesetzt.

Die beiden Projekte „Superblock“ und „Begrünungszone Margaretenstraße“, für welche auch der Großteil des Budgets vorgesehen war, harren noch der Umsetzung.

Die Bürger:innen-Jury hat in einer bewussten Entscheidung das Projekt der Entwicklung eines Superblocks im Westen des Bezirks verortet, da mit dem Projekt „Begrünungszone Margaretenstraße“ klarerweise ein erheblicher Teil des Gesamtbudgets in den Bezirkskosten fließt und man hier keine Grätzldominanz wollte.

Auf den Seiten der Stadt Wien wird man derzeit auf weitere Detailplanungen verwiesen und beim Projekt Margaretenplatz auf das Beteiligungsverfahren („Sobald es neue Informationen dazu gibt, kannst du dich hier über den neuen Projekt-Status informieren“ – letztes Update am 11.11.2024).

Die von SPÖ und NEOS im März 2022 eingebrachte Resolution „Unterstützung des Beteiligungs- und Governanceprojekt Wiener Klimateam in Margareten“ mit dem Text: „Die Bezirksvertretung Margareten bekennt sich zum Beteiligungs- und Governanceprojekt „Wiener Klimateam“, welches zum Ziel hat Klimaschutz und Klimaanpassung für eine lebenswerte Klimamusterstadt zu erreichen“ wurde einstimmig angenommen.

Wir wollen, dass Beteiligung und Partizipation keine Schlagworte sind, sondern gelebt werden, und fordern daher, dass die Entscheidungen der Bürger:innen umgesetzt werden.

Anhang

Die Gewinner-Projekte im Überblick MARGARETEN

- „Fassadenbegrünung und mehr“ - Standort: Schulen, Gemeindebauten, gegebenenfalls einzelne „private“ Häuserblocks
- „Klimatag im Frühjahr (oder 1mal im Monat)“ - Standort: 5. Bezirk
- „Repair-Café 05“ - Standort: Nähe Siebenbrunnenplatz
- „Superblock“ Vorbereitung, Testphase, Pilot ‚temporär‘ - Standort: z. B. westlich von der Reinprechtsdorfer Straße
- „Begrünungszone Margaretenstraße“ - Standort: Zwischen Kettenbrückengasse und Pilgramgasse (Margaretenplatz, Pilgramgasse, Krongasse)

Quelle: <https://climateam.wien.gv.at/kimateam-2022#gewinner>, abgerufen am 24.11.2025

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Ausweitung der Bedarfsanalyse für temporäres Anwohner:innenparken auf West-Margareten – Bezirkspolitik für alle Margaretner:innen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Bezirksvorsteher von Margareten Mag. Michael Luxenberger wird ersucht, die derzeitige Bedarfsanalyse zum temporären Anwohner:innenparken auf die Gebiete Mittel-Margareten und West-Margareten auszuweiten, um eine gesamtheitliche und gerechte Beurteilung der Parksituation im gesamten 5. Bezirk zu gewährleisten.

Begründung

Die aktuelle Diskussion rund um das temporäre Anrainerparken (eig. Anwohner:innenparken) betrifft zahlreiche Bewohner:innen Margareten und hat unmittelbare Auswirkungen auf deren Lebensqualität. Während bereits erste Schritte zur Analyse der Parksituation in Teilen des Bezirks gesetzt wurden, bleiben Mittel- und West-Margareten bisher unzureichend berücksichtigt.

Gerade in diesen Gebieten ist eine zunehmende Belastung durch Fremdparker:innen, Pendlerverkehr sowie eingeschränkte Parkplatzverfügbarkeit festzustellen. Eine Ausweitung der Bedarfsanalyse ist daher notwendig, um eine objektive Datengrundlage zu schaffen und auf dieser Basis ausgewogene, sozial gerechte und bezirkseinheitliche Lösungen zu entwickeln.

Die SPÖ Margareten steht für eine Bezirkspolitik, die alle Margaretner:innen einbezieht und deren Anliegen ernst nimmt. Eine vollständige Analyse des gesamten Bezirks ist Voraussetzung für transparente Entscheidungsprozesse und nachhaltige verkehrspolitische Maßnahmen.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Margareten soll der Pionierbezirk für DigiPol in Wien werden

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, aus Margareten einen Pionierbezirk für die Erprobung und Einführung von DigiPol zu machen, mit dem Ziel das bereits bewährte System auf Bezirksebene auszurollen, die politische Arbeit zu modernisieren und insbesondere die Transparenz für unsere Mitbürger:innen zu gewährleisten.

Begründung

DigiPol ist ein ausgereiftes und erfolgreich eingesetztes Produkt der Stadt Wien, das bereits von sämtlichen Klubs im Wiener Landtag und Gemeinderat verwendet wird. Das System ermöglicht eine strukturierte, transparente und effiziente Abwicklung politischer Prozesse und stellt eine zeitgemäße digitale Unterstützung für die kommunalpolitische Arbeit dar.

DigiPol bietet insbesondere folgende Vorteile:

- Zwei klar getrennte, aber miteinander verknüpfte Ebenen für Verwaltung und Politik,
- digitale Einbringung und Verwaltung von Anträgen, Anfragen und Beschlüssen,
- übersichtliche Such- und Archivfunktion für politische Vorgänge,
- transparente Dokumentation von Abstimmungen und Entscheidungsprozessen,
- nachvollziehbare und zugängliche Information für Bürger:innen im Sinne gelebter Transparenz und demokratischer Teilhabe.

Durch den Einsatz von DigiPol im Bezirk wird eine Modernisierung der politischen Arbeit erreicht, die sowohl Effizienzgewinne als auch eine deutliche Stärkung der Transparenz gegenüber der Bevölkerung mit sich bringt.

Zudem haben sich sämtliche im Wiener Landtag und Gemeinderat vertretenen Parteien positiv zur Nutzung von DigiPol in den Bezirken ausgesprochen, was die breite politische Akzeptanz und die Zukunftsfähigkeit des Systems unterstreicht.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Umgang mit Graffiti im Bezirk Margareten – Schaffung legaler Flächen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, dass legale Flächen Graffiti-Künstler:innen zur Verfügung gestellt werden. Dazu können Flächen der Stadt Wien, insbesondere vor Schulen oder dem Amtsgebäude, genutzt werden, um einerseits die künstlerische Freiheit zu ermöglichen, andererseits aber die öffentliche Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Begründung

In Margareten nimmt die illegale Graffiti-Tätigkeit stetig zu, was Beschwerden von Anrainer:innen, Hotelbetreiber:innen und Gewerbetreibenden nach sich zieht. Das Gefühl von Verwahrlosung und Unsicherheit kann negative Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität, den Handel und den Tourismus haben.

Durch die gezielte Schaffung legaler Graffiti-Flächen können folgende Vorteile erzielt werden:

- Förderung der urbanen Kunst und künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten,
- Reduzierung illegaler Graffitis im öffentlichen Raum,
- Entlastung der Stadt von Aufräum- und Reinigungsmaßnahmen,
- Schaffung eines gesteuerten, sicheren Umfelds für Jugendliche und Kunstschaffende,
- Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der Lebensqualität im Bezirk.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Mehr Sicherheit für Kinder: Sicherheitsbügel für den neuen mini*Eltern-Kind-Treff

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien, allen voran die MA 28, werden um Errichtung von Sicherheitsbügeln am Gehweg vor dem Eingang des mini*Eltern-Kind-Treffs in der Schönbrunner Straße 76 ersucht.

Begründung

Der mini*Eltern-Kind-Treff ist ein kostenloses Angebot für Familien und Bezugspersonen mit Kindern bis 10 Jahren - finanziert aus Mitteln des 5. Bezirks. Der mini*Eltern-Kind-Treff im neuen Gemeindebau in der Schönbrunner Straße 76 bietet regelmäßige Angebote für Eltern und Kinder – von Spiel- und Kreativnachmittagen über Beratung bis hin zu Elternaustausch und Freizeitaktionen. Auch Kindergeburtstage und private Kinderfaschingsfeste lassen sich dort wunderbar feiern! Bewohner:innen von Margareten können die Räumlichkeiten an Freitagen in der Zeit von 10:00 - 16:00 Uhr für 3 Stunden kostenlos nutzen – nähere Infos auf www.ifep.at/mini .

Der Ein- und Ausgang des Treffs führt direkt auf den Gehweg an der stark befahrenen Reinprechtsdorfer Straße im Kreuzungsbereich mit der Schönbrunner Straße. Die Aufstellung von Sicherheitsbügeln in Analogie zu Eingängen von Kindergärten und Volksschulen ist eine angemessene Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit der Kleinsten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Margaretner Bankerl-Paket – Mehr Sitzplätze zum Verweilen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, allen voran die MA 28, werden ersucht, im Rahmen eines "Margaretner Bankerl-Pakets" entlang der Margaretenstraße zusätzliche Sitzgelegenheiten aufzustellen - insbesondere im Bereich zwischen den Busstationen der Linie 59A. Besonderes Augenmerk ist dabei auf schattige, barrierefreie und gut einsehbare Bereiche zu legen.

Begründung

Die Margaretenstraße ist eine der zentralen Verkehrs- und Einkaufsachsen des Bezirks und wird täglich von zahlreichen Fußgänger:innen genutzt. Gerade zwischen den Haltestellen der Buslinie 59A fehlen jedoch ausreichend Sitzmöglichkeiten, was vor allem für ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität eine erhebliche Belastung darstellt.

Durch die Errichtung zusätzlicher Parkbänke wird:

- die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum deutlich erhöht,
- eine altersgerechte und inklusive Nutzung des Straßenraums gefördert,
- der Fußverkehr attraktiver gestaltet,
- das soziale Miteinander im Grätzel gestärkt,
- sowie ein Beitrag zu einer klimafitten, lebenswerten Stadt gesetzt.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Verbesserung der Sicherheit und Aufenthaltsqualität rund um großflächige Baustellen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

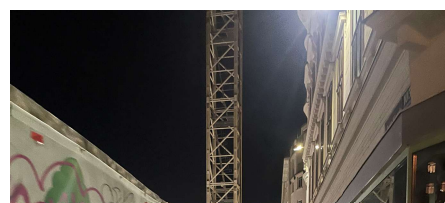
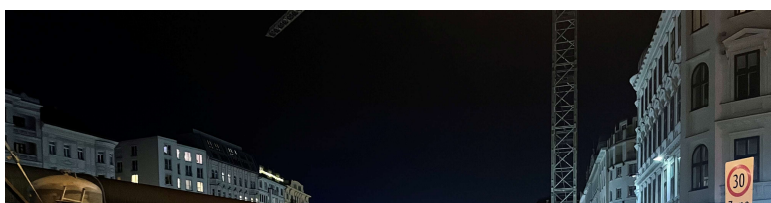
Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, dass im Bereich der Baustellen rund um den U-Bahn-Ausbau (Siebenbrunnengasse, Reinprechtsdorfer Straße, Bacherplatz und Rechte Wienzeile) Maßnahmen gesetzt werden, um die Sicherheit, Sauberkeit und die subjektive Aufenthaltsqualität für Fußgänger:innen zu verbessern. Dabei sollen insbesondere die Beleuchtung entlang aller Fußgängerumleitungen und Baustellenbereiche verstärkt und an unübersichtlichen Stellen geeignete Sicherheits- bzw. Weitwinkelspiegel angebracht werden. Weiters soll eine optische Aufwertung und saubere Gestaltung der Bauzäune vorgenommen werden, gegebenenfalls ergänzt durch Informations- oder Gestaltungsflächen. Zusätzlich wird eine regelmäßige Reinigung der besonders betroffenen Bereiche sowie eine deutlichere und klarere Ausschilderung der Umleitungswege angestrebt, um Orientierung und Sicherheit der Passant:innen zu erhöhen.

Begründung

Rund um die großflächigen U-Bahn-Baustellen kommt es wiederholt zu Problemen, die von Anrainer:innen und Passant:innen gemeldet wurden.

- 1. Visuelle Beeinträchtigung & mangelnde Aufenthaltsqualität**
Die bestehenden Bauzäune und Absperrungen sind oftmals unattraktiv gestaltet, beschädigt oder verschmutzt. Dies führt zu einer deutlichen Verschlechterung des Stadtbildes und des subjektiven Wohlbefindens im öffentlichen Raum.
- 2. Subjektives Unsicherheitsgefühl**
Die temporären Fußgängerumleitungen sind vielfach schmal, uneinsichtig oder verwinkelt. Besonders in den Abend- und Nachtstunden führt dies zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl. Die fehlende Einsicht in Kurvenbereiche könnte durch einfache Maßnahmen – etwa die Anbringung von **Sicherheits- bzw. Weitwinkelspiegeln** – deutlich verbessert werden.
- 3. Unzureichende Beleuchtung**
In mehreren Bereichen (z. B. entlang der Umleitungswege oder hinter Bauzäunen) ist die Beleuchtung unzureichend. Dunkle Passagen verstärken das Unsicherheitsgefühl und bergen potenzielle Gefahren.
- 4. Verschmutzung und hygienische Probleme**
Insbesondere in abgeschirmten oder wenig einsehbaren Bereichen kommt es wiederholt zu Verschmutzungen, einschließlich Urinieren im öffentlichen Raum. Diese Situationen beeinträchtigen sowohl Sauberkeit als auch Gesundheitsschutz.

Anhang





BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Ing.ⁱⁿ Gabriele Strasser

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BRin Hülya Aktunc

Für Gleichberechtigung in der Verhütung: Unterstützung der Entwicklung von wirksamen Verhütungsmitteln und Methoden für den Mann

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die Gleichberechtigung in der Verhütung aus und für die Unterstützung der Entwicklung von wirksamen Verhütungsmitteln und Methoden für den Mann.

Begründung

Verhütung ist eine gemeinsame Verantwortung. Dennoch tragen Frauen seit Jahrzehnten die Hauptlast – sowohl körperlich als auch psychisch. Viele leiden unter teils starken Nebenwirkungen hormoneller Präparate, während Männern bislang nur zwei verlässliche Optionen bleiben: Kondom oder ein chirurgischer Eingriff.

Zwei deutsche Europaabgeordnete, Katarina Barley (SPD) und Peter Liese (CDU), fordern daher ein Umdenken auf europäischer Ebene. In einem Schreiben an die Leiterin der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) drängen sie auf neue Leitlinien, die die Entwicklung und Zulassung von modernen, sicheren Verhütungsmitteln für Männer erleichtern.

1. Gleichberechtigte Verantwortung in der Familienplanung

Unter dem Begriff „Pille für den Mann“ werden hormonelle und nicht-hormonelle Mittel gefasst, die die Spermienproduktion stark senken sollen.

Die zentralen Argumente der Abgeordneten:

Zulassungsbehörden bewerten Nebenwirkungen bei Männern oft strenger als bei Frauen.

Studien zu männlichen Verhütungsmitteln wurden mehrfach abgebrochen, obwohl vergleichbare Nebenwirkungen bei Frauen seit Jahrzehnten akzeptiert werden.

Neue Präparate könnten Partnerschaften entlasten und Verantwortung gerechter verteilen.

2. Die Position der EMA

Die Europäische Arzneimittelagentur betont, dass ihre aktuellen Vorschriften die Entwicklung männlicher Verhütungsmittel nicht behindern.

Allerdings:

In den vergangenen 20 Jahren bezogen sich alle Anträge auf wissenschaftliche Beratung ausschließlich auf Präparate für Frauen. Die EMA signalisiert jedoch Offenheit und Bereitschaft, Innovationen zu unterstützen.

3. Warum das auch Österreich betrifft



Ein moderner Zugang zu Verhütung ist ein Schlüsselfaktor für Gleichstellung, Gesundheitspolitik und partnerschaftliche Fairness.

Österreich sollte hier nicht nur reagieren, sondern aktiv gestalten:
mit klarer Unterstützung für Forschung, sichere Zulassungswege und breite gesellschaftliche Debatte.

Daher bekennt sich die Bezirksvertretung zu:

- Klare österreichische Unterstützung für europäische Initiativen zur Entwicklung männlicher Verhütungsmittel.
- Gleichberechtigte Bewertung von Nebenwirkungen bei Männern und Frauen.
- Förderung innovativer, sicherer Alternativen, die Verantwortung partnerschaftlich verteilen.

Verhütung darf nicht einseitig auf den Körpern von Frauen lasten.

Es ist Zeit für echte Gleichstellung – auch in der Familienplanung.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

Besteuerung der Superreichen zur Finanzierung des Österreichischen Bildungs- und Gesundheitssystems

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die Besteuerung der Superreichen zur Finanzierung des Österreichischen Bildungs- und Gesundheitssystems aus.

Begründung

Bildung und Gesundheit sind Grundpfeiler eines funktionierenden, sozialen Österreich – und sie betreffen ausnahmslos alle Menschen. Dennoch fehlt es diesen zentralen Bereichen seit Jahren an stabiler Finanzierung. Gleichzeitig wächst der Reichtum an der Spitze in rasantem Tempo.

Laut dem aktuellen Oxfam-Bericht „Eine europäische Agenda zur Besteuerung der Superreichen“ gibt es in der EU inzwischen fast 500 Milliardär:innen – um 39 mehr als im Jahr 2024. Alle neun Tage kommt ein neuer hinzu. Die 3.600 reichsten Europäer:innen besitzen heute so viel Vermögen wie 181 Millionen der ärmsten Menschen Europas. (kontrast.at/milliardaere-europa-2025)

Währenddessen zahlen Millionär:innen in Österreich weiterhin keinerlei Vermögenssteuern.

Eine Schieflage, die uns alle betrifft.

Der Anteil vermögensbezogener Steuern am österreichischen Gesamtsteueraufkommen ist in den letzten Jahren sogar weiter gesunken. 2022 lag er nur bei 1,5 % – einer der niedrigsten Werte im gesamten OECD-Raum. Der OECD-Durchschnitt liegt fast viermal so hoch.

Diese Schieflage bedeutet: Leistungseinkommen werden belastet, Vermögen bleibt weitgehend unangetastet.

Nur die obersten 3–4 % des Vermögens wären von einer Millionärs-Vermögenssteuer ab einem Nettovermögen von über 1 Million Euro nach Abzug aller Schulden und Verpflichtungen betroffen. Damit wären lediglich die reichsten 3–4 % der österreichischen Haushalte steuerpflichtig. Nicht betroffen: Durchschnittliche Häuslbauer:innen, kleine Eigentümer:innen und die breite Mittelschicht.

Eine Millionärs-Vermögenssteuer ist fair und gesellschaftlich verantwortungsvoll.

Sie belastet jene, die es sich leisten können – und würde dringend benötigte Ressourcen für Bildung und Gesundheit inklusive dem wachsenden Pflegebedarf in Österreich schaffen.

Österreich braucht eine Steuerstruktur, die Gerechtigkeit herstellt und die Grundversorgung für alle sichert. Während Superreiche ihr Vermögen Jahr für Jahr vermehren, geraten Schulen, Spitäler und Pflegeeinrichtungen unter Druck. Das ist politisch falsch, sozial ungerecht und ökonomisch kurzsichtig.



Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich daher für die Einführung einer fairen Millionärssteuer sowie die zweckgebundene Verwendung der Einnahmen für Bildung und Gesundheit inklusive Pflege aus.

Eine wohlhabende Gesellschaft erkennt man nicht an der Zahl ihrer Superreichen, sondern daran, wie gut es den Vielen geht.

Es ist Zeit zu handeln – für ein gerechtes, solidarisches und gesundes Österreich.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

Grundeinkommen für Kunst- und Kulturschaffende Selbständige

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 9.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein Grundeinkommen für selbständige Kunst- und Kulturschaffende – als dauerhafte, verlässliche kulturpolitische Investition in Österreichs kreative Zukunft, die freies künstlerisches Arbeiten unabhängig von subjektiver Kuratierung ermöglicht und die soziale Sicherheit im Kulturbereich stärkt, aus: wenn ein europäisches Land wie Irland mutig vorangeht und die sozialen Grundlagen künstlerischer Arbeit stärkt, darf das Kulturland Österreich nicht zurückbleiben. Kunst ist kein Nebenprodukt – sie ist gesellschaftliche Infrastruktur.

Begründung

Irland zeigt vor, was echte Kulturpolitik leisten kann: Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt während der COVID-19-Pandemie hat die irische Regierung 2025 ein dauerhaftes Grundeinkommen für als Selbständige arbeitende Künstler:innen und Kulturschaffende eingeführt. Rund 1.500 Euro pro Monat sichern seitdem kreatives Arbeiten – ohne Bedingungen, ohne Leistungsdruck, mit klarem Bekenntnis zum Wert künstlerischer Tätigkeit.

Das Pilotprojekt von 2022, an dem 2.000 Kulturschaffende teilnahmen, brachte klare Ergebnisse: Mehr Wohlbefinden, höhere Produktivität, größere kreative Freiheit. Teilnehmende erzielten deutlich höhere Einkommen aus ihrer künstlerischen Arbeit und vollendeten häufiger neue Werke. Zudem stärkte das Projekt nachweislich die Kulturwirtschaft und das gesellschaftliche Ansehen der Kunst. Daher wurde das Modell fest in die nationale Kulturpolitik aufgenommen. Auf Gov.ie wird betont: Kunst braucht Vertrauen, Zeit und stabile Rahmenbedingungen – kein Misstrauen oder Bürokratie!

Die Möglichkeit, sich für eine derartige Initiative zu bewerben, sollte selbstständig tätigen Künstler*innen aller Sparten anonym und niederschwellig offenstehen.

Der irische Kulturminister Patrick O'Donovan bringt die irische Initiative auf den Punkt: „Dieses Projekt ist weltweit beneidenswert. Es muss zukunftssicher und nachhaltig gestaltet werden.“

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKS RÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Monokratische Republik Luchsenberg?

Gegen Ankündigungspolitik und für Transparenz und Respekt vor den demokratischen Institutionen

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass sämtliche Bezirksprojekte zuerst in den dafür nach der Wiener Stadtverfassung vorgesehenen demokratisch legitimierten Entscheidungsorganen, der Bezirksvertretung und den weiteren Gremien wie Ausschüssen und Kommissionen vorzustellen, zu diskutieren und zu beschließen sind.“

BEGRÜNDUNG

Im ersten halben Jahr seiner Amtsführung ist der Herr Bezirksvorsteher vor allem dadurch aufgefallen, dass er in fortgesetztem Maße Ankündigungspolitik betrieben hat und die Mandatarinnen und Mandatare der Bezirksvertretung in Sachen Magazin Margareten, Bezirkslogo, Projekt Gemeinwohlökonomie oder Parkraumbewirtschaftung vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Dies zeugt von einem falschen Amtsverständnis. Die Wiener Stadtverfassung ordnet dem Bezirksvorsteher von Amts wegen, die Funktion eines „Ersten unter Gleichen“ zu, mehr aber auch nicht.

Da der Herr Bezirksvorsteher, genauso wie alle anderen Funktionsträger im Bezirk auf die Wiener Stadtverfassung angelobt ist, sollte der das in seiner Amtsführung berücksichtigen. In hier wieder auf eine demokratische Spur zu bringen, dient dieser Antrag.

BR KO Dr. Fritz Simhandl

BR Andreas Schön

BR Michael Hacaturoglu

BR Martin Raab

BR Arndt Praxmarer, MSC

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Monokratische Republik Luchsenberg?

Was kostet das Projekt Gemeinwohlökonomie und wer hat es genehmigt/beschlossen?

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, zum Schutze der Demokratie in unserem Bezirk den Entscheidungsprozesses, die Willensbildung, die Kosten und die budgetäre Bedeckung im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeinwohlökonomie gegenüber den Mandatarinnen und Mandataren der Bezirksvertretung offenzulegen.

BEGRÜNDUNG

Wieder einmal ein „Bezirks-Projekt“, das an den Mandatarinnen und Mandataren der Bezirksvertretung vorbei, in Form einer monokratischen Ankündigungspolitik verkündet worden ist:

Margareten sucht 20 Personen, die den Bezirk auf repräsentative Weise abbilden. Der ausgewählte Bürgerinnen- und Bürgerrat soll einen Gemeinwohl-Kompass erstellen.

WIEN/MARGARETEN. In Floridsdorf ist er bereits wegweisend, in Margareten soll er kommen: Die Gruppe "EconGood" plant nun auch in Margareten einen "Gemeinwohl-Kompass" einzurichten.

Im Rahmen des Projekts werden 20 Personen ausgewählt, die repräsentativ für Margareten stehen. Die Suche nach diesen Margaretnerinnen und Margaretnern beginnt jetzt, mit einer Frist bis 30. November kann man sich bewerben. Aus den Bewerbungen wird schließlich ein Team von "EconGoodAustria" einen repräsentativen Bürgerinnen- und Bürgerrat auswählen.

Gemeinwohl messen

Der schließlich bestimmte Margaretenrat hat ab Februar 2026 die Aufgabe, den angesprochenen "Gemeinwohl-Kompass" zu generieren. Dabei handelt es sich um ein Tool, mit welchem die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf das Gemeinwohl der Margaretner Bevölkerung gemessen werden kann. Der Kompass soll die Bezirksvertretung bei künftigen Entscheidungen unterstützen und dabei helfen, ein gutes Leben für alle in Margareten zu ermöglichen. Die Ergebnisse sollen am 5. März 2026 präsentiert werden.

Umgesetzt wird das Projekt durch die Gemeinwohl-Ökonomie in Kooperation mit der Bezirksvorstehung Margareten. Der Bürgerinnen- und Bürgerrat wird mit 50 Euro für die aufgebrachte Zeit und das Engagement entschädigt.

Du hast Interesse, beim Schaffen des Gemeinwohl-Kompasses mitzuwirken? Hast du besondere Ideen oder Vorschläge? Mehr Informationen zum Projekt und die Bewerbungsmöglichkeit findest du unter [hier](#).

https://www.meinbezirk.at/margareten/c-lokales/margareten-sucht-motivierte-personen-fuer-buergerrat_a7809932

Ein demokratischer Gemeinwohl-Kompass für Margareten

Bewerbung für den Bürger*innenrat zur Entwicklung eines Gemeinwohl-Kompass für Margareten

Danke für Ihr Interesse am Bürger*innenbeteiligungsprozess zur Entwicklung eines Gemeinwohl-Kompass für Margareten!

Ziel des Bürger*innenrats ist, gemeinsam ein Tool für die Bezirksvertretung zu einwickeln, das die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf das Gemeinwohl in Margareten messbar macht. Darüber hinaus soll der Gemeinwohl-Kompass eine Orientierung für die Bezirkspolitik werden und dabei helfen, ein gutes Leben für alle in Margareten zu ermöglichen.

Umgesetzt wird das Projekt durch die Gemeinwohl-Ökonomie in Kooperation mit der Bezirksvorstehung Margareten.

Als Wertschätzung für ihr Engagement und ihre Zeit bieten wir allen Teilnehmenden **50€ als Entschädigung** an.

Termine:

Samstag 21. Februar 2026 (09:00 – 18:00) – Bürger*innenrat Partizipationsprozess

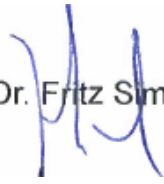
Donnerstag 05. März 2026 (18:00 – 20:00) – Präsentation des Gemeinwohl-Kompass

Daten für Bewerbung

Mit dieser Anmeldung bewerben Sie sich für den Bürgerrat. Für die Teilnahme am Bürgerrat brauchen wir einige Informationen zu ihrer Person. Diese werden streng vertraulich behandelt. Da maximal 20 Personen teilnehmen können und diese Gruppe die Vielfalt der Einwohner*innen in Margareten widerspiegeln soll, bekommen sie eine Rückmeldung, ob sie dafür ausgewählt wurden oder nicht. Für die Bewerbung schicken wir ihnen eine Bestätigung per E-Mail. Wir bedanken uns herzlich für ihr Interesse!

<https://austria.econgood.org/gk-margareten/>

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKS RÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen

Monokratische Republik Luchsenberg?

**Einhaltung der Rechtmäßigkeit-Sparsamkeit-Wirtschaftlichkeit im
Bezirk Wien-Magareten**

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

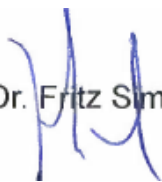
„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Amtsführung des Herrn Bezirksvorstehers in Wien-Margareten sich aktuell und für den Rest der Amtsperiode strikt an die Maßstäbe der Rechtsmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu orientieren hat.“

BEGRÜNDUNG

Die Schwerpunktsetzungen im Bezirksbudget 2026, aber auch die Praxis der Förderungsvergabe in der Kommission für Kunst, Kultur und Bildung in Wien-Margareten oder die Umstände rund um die Gestaltung des neuen Bezirkslogos könnten Anlass dazu geben, in Zweifel zu setzen, dass die Amtsführung des Herrn Bezirksvorstehers immer und überall die Maßstäbe der Rechtsmäßigkeit, der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit näherungsweise erreicht.

Aus diesem Grund sei als demokratiepolitischer Erinnerungsposten ein entsprechender Aufforderungsantrag an den Herrn Bezirksvorsteher in Sachen Amtsführung gestellt, um in selbst und den Bezirk vor Schaden zu bewahren.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKS RÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Monokratische Republik Luchsenberg?

Margareten Magazin-Transparenz und Demokratie und was nun?

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, zum Schutze der Demokratie und Transparenz die Beschlusslage vom 23.September 2025 zu S 236/2025/18 SPÖ – Margareten Magazin: Transparenz und Demokratie unmittelbar umzusetzen “

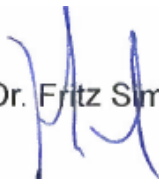
In der Sitzung der Bezirksvertretung vom 23.September 2025 wurde folgender Beschluss mit Stimmenmehrheit gefasst:

S 236/2025/18 SPÖ – Margareten Magazin: Transparenz und Demokratie

Der Herr Bezirksvorsteher Michael Luxenberger möge sicherstellen, dass das vom Büro des Bezirksvorstehers vierteljährlich herausgegebene Margareten Magazin künftig allen in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien demokratisch den Mandatsverhältnissen entsprechend und transparent die Möglichkeit zur inhaltlichen Mitwirkung einräumt.

Zu diesem Beschluss wurde seit dem 23. September 2025 nach allgemeiner Wahrnehmung der Mitglieder der Bezirksvertretung und der Bürger von Wien-Margareten keinerlei Umsetzung durchgeführt.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Keine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung auf Samstage, Sonntage und Feiertage

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung spricht sich gegen eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf die Samstage, Sonntage und Feiertage aus.“

Begründung

Der Bezirksvorsteher hat sich, ohne vorher die dafür vorgesehenen demokratischen Gremien des Bezirks Wien-Margareten damit zu befassen, für die zukünftige Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf die Samstage ausgesprochen. Es ist in diesem Zusammenhang zu befürchten, dass in weiterer Folge auch die Sonntage und Feiertage in diese Parkraumbewirtschaftung miteinbezogen werden sollen. Deshalb wehret den Anfängen.

Geringer Parkdruck am Wochenende:

Erfahrungswerte und Beobachtungen zeigen, dass der Parkdruck im Bezirk an Samstagen deutlich geringer ist als an Werktagen. Viele Berufspendler nutzen den öffentlichen Raum an Samstagen nicht, wodurch ausreichend Parkplätze für Anrainer vorhanden sind.

Zusätzliche finanzielle Belastung für Anrainer und Besucher:

Eine Ausweitung der Gebührenpflicht auf Samstag würde die Bevölkerung zusätzlich belasten, ohne dass ein erkennbarer Mehrwert oder eine Entlastung der Parksituation entsteht.

Negative Auswirkungen auf lokale Wirtschaft und soziale Aktivitäten:

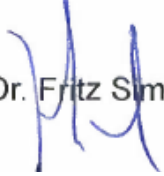
Die Samstagseinkäufe, Freizeitaktivitäten und Besuche von Freund und Familienangehörigen würden erschwert, da zusätzliche Kosten und organisatorische Hürden entstehen.

Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme:

Da der Zweck der Parkraumbewirtschaftung – eine gerechte Verteilung begrenzter Parkflächen an Werktagen – an Samstagen nicht im selben Ausmaß besteht, erscheint eine Ausweitung weder notwendig noch verhältnismäßig.

Die Argumentation des Bezirksvorstehers mit der Einführung der Anwohner Parkplätze ist insofern interessant, da dies nur in ausgewähltes exklusives Grätzel des Bezirks eingeführt werden sollen und nicht im ganzen Bezirk.

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet, werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Monokratische Republik Luchsenberg?

**Einhaltung des Informationsfreiheitsgesetz durch den
Bezirksvorsteher**

Bezirksvorsteher Michael Luxenberger



<https://www.wien.gv.at/margareten/bezirksvorsteherung>

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die demokratisch gewählten Institutionen und Funktionsträger des Bezirks Wien-Margareten für die verbindliche Einhaltung des Informationsfreiheitsgesetzes in allen Belangen, die den Bezirk Wien-Margareten und seine Bürgerinnen und Bürger betreffen, Sorge tragen.“

Begründung:

In der laufenden Amtsperiode des neuen Bezirksvorstehers stellen wir massive Defizite in der Information und Transparenz fest. Dies gefährdet die Demokratie in unserem Bezirk. Zu nennen sind etwa

- Die „Erfindung“ eines neuen Bezirkslogos für Wien Margareten
- Die Beauftragung eines Projekts „Gemeinwohlökonomie“
- Die Verkündigung der Einführung des gebührenpflichtigen Parkens am Samstag
- Die fehlende Dokumentation der Entscheidungsgrundlagen bei der Behandlung von Förderansuchen in den Protokollen der Kommission für Kunst, Kultur und Bildung (KKKB)

Deshalb sei noch einmal an das nunmehr geltende Informationsfreiheitsgesetz mit den beiden Säulen „**Proaktive Veröffentlichungspflicht**“ und „**Grundrecht auf Zugang zu Informationen–Informationen auf Antrag**“ erinnert.

Säule 1: Proaktive Veröffentlichungspflicht

Was?

- "Informationen von allgemeinem Interesse" müssen proaktiv veröffentlicht werden.
- Von allgemeinem Interesse sind Informationen dann, wenn sie für einen größeren Personenkreis von Relevanz sind.
- Beispiele hierfür wären etwa Geschäftseinteilungen, Tätigkeitsberichte, Amtsblätter sowie für die Allgemeinheit interessante Studien, Gutachten, Umfragen oder Verträge.
- Informationen von allgemeinem Interesse sind grundsätzlich zu veröffentlichen, soweit und solange nicht ein Geheimhaltungsgrund dagegenspricht.
- Eine Information darf also zum Beispiel nicht veröffentlicht werden, wenn dies die nationale Sicherheit gefährden oder gegen das Recht auf Datenschutz - verstoßen würde.
- Von der neuen Veröffentlichungspflicht umfasst sind Informationen, welche ab Inkrafttreten des Gesetzes (also ab 1. September 2025) entstehen.

Wer?

- Von der proaktiven Veröffentlichungspflicht sind in erster Linie die Verwaltungsorgane von Bund, Ländern und Gemeinden (inklusive mit der Verwaltung betraute Organe) betroffen.
- Gemeinden bis zu einer Grenze von 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind von der Pflicht ausgenommen, können aber selbstverständlich solche - Informationen freiwillig veröffentlichen.
- Darüber hinaus gilt die proaktive Veröffentlichungspflicht auch für Nationalrat und Bundesrat mitsamt dem Rechnungshof und der Volksanwaltschaft, sowie für die Organe der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die Verwaltungsgerichte, den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof. Diese Organe müssen nicht in das Informationsregister (data.gv.at) einspeisen, da in deren

Bereichen bereits sinnvolle und transparente Webseiten bestehen; so etwa parlament.gv.at oder ris.bka.gv.at (für Urteile/Erkenntnisse der (Verwaltungs-)Gerichte).

- Informationen müssen von jenen Stellen veröffentlicht werden, welche diese auch erstellt haben oder in Auftrag gegeben haben.

Wo?

Informationen von allgemeinem Interesse müssen von der Verwaltung in einem neu einzurichtenden Informationsregister auf data.gv.at veröffentlicht werden, von den übrigen Informationspflichtigen auf ihren eigenen Webseiten.

Quelle: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/informationsfreiheitsgesetz/das-neue-informationsfreiheitsgesetz/proaktive-veroeffentlichungspflicht.html>

Säule 2: Grundrecht auf Zugang zu Informationen–Informationen auf Antrag

Was?

- Jede und jeder verfügt künftig über ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht auf Zugang zu Informationen.
- Information ist jede amtlichen oder unternehmerischen Zwecken dienende Aufzeichnung, die bei einer informationspflichtigen Stelle besteht.
- Die angefragte Information muss bereits vorhanden sein.

Wer?

- Die Pflicht zur Informationserteilung trifft alle Verwaltungsorgane von Bund, Ländern und Gemeinden (inklusive die mit der Verwaltung betrauten Organe).
- Darüber hinaus sind auch nicht hoheitlich tätige Stiftungen, Fonds, Anstalten und Unternehmungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes oder eines Landesrechnungshofes unterliegen, umfasst (Ausnahme: Börsennotierte Gesellschaften).

Wie?

Eine Anfrage kann formfrei unter anderem schriftlich, mündlich oder telefonisch eingehen.

Wann?

- Die Frist zur Informationserteilung beträgt 4 Wochen.
- Wenn die Informationserteilung binnen 4 Wochen nicht möglich und besondere Gründe vorliegen oder eine Anhörung betroffener Personen erforderlich ist, ist eine Fristerstreckung um weitere 4 Wochen möglich.
- Auch bei den individuellen Informationsbegehren ist der Zugang zu Informationen nur dann zu erteilen, wenn kein Geheimhaltungsgrund dagegenspricht; es ist also etwa auf Persönlichkeitsrechte (insbesondere Datenschutz) oder – bei nicht hoheitlich

tätigen informationspflichtigen Stellen – auf die Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht zu nehmen.

- Bei Nichterteilung der begehrten Information kann die Informationswerberin beziehungsweise der Informationswerber einen Bescheid beantragen, der innerhalb von 2 Monaten auszustellen ist.

Quelle: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/informationsfreiheitsgesetz/das-neue-informationsfreiheitsgesetz/passive-informationspflicht-grundrecht-auf-zugang-zu-information.html>

BR KO Dr. Fritz Simhandl

BR Andreas Schön

BR Michael Hacaturoglu

BR Martin Raab

BR Arndt Praxmarer, MSC

KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKSRÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Daten verwendet werden, um Aussagen zu treffen, werden diese anonymisiert.

Verkehrsbehinderung für Bewohner und Kunden des Hauses Margaretenstraße 125

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ - Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu setzen, damit die Sicht- und damit Verkehrsbehinderung durch auf dem Gehsteig aufgestellte Müllcontainer für die Bewohner und Kunden des Hauses Margaretenstraße 125, 1050 Wien sowie die Verkehrsteilnehmer (Fahrradfahrer, KFZ-Benutzer usw.) der Margaretenstraße umgehend beseitigt werden.

Die geeigneten Maßnahmen der zuständigen Stellen der Stadt Wien sollten insbesondere dahingehend gesetzt werden, dass diese Müllcontainer räumlich so verlegt werden, dass diese gefährliche Sicht- und damit Verkehrsbehinderung nachhaltig und dauerhaft beseitigt wird.

Begründung:

Durch die für die Bewohner und Kunden äußerst ungünstig aufgestellten Müllcontainer existiert seit längerem eine massive Sicht- und Verkehrsbehinderung vor bzw. in der Umgebung des Hauses Margaretenstraße 125, 1050 Wien. Dadurch besteht eine permanente Unfallgefahr sowohl für die Verkehrsteilnehmer (Fahrradfahrer, KFZ-Benutzer usw.) der Margaretenstraße als auch Bewohner und Kunden des Hauses Margaretenstraße 125, 1050. Diese unbefriedigende Verkehrssituation sollte durch geeignete Maßnahmen, dh. einer räumlichen Verlegung der Müllcontainer, umgehend beseitigt werden.

3R KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön

BR Michael
Hacaturoglu

3R Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



L.

Soweit in dieser Anfrage personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Lebensmittelsozialmarkt für Wien-Margareten

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung spricht sich für die rasche Umsetzung des Projekts eines Lebensmittelsozialmarkts für und in Wien-Margareten aus“.

BEGRÜNDUNG

Lebensmittelsozialmarkt für Wien-Margareten

In der Legislaturperiode 2020 bis 2025 wurde wiederholt das Projekt eines Lebensmittelsozialmarkts für und in Wien-Margareten diskutiert. Es existiert zwar ein Sozialmarkt für Spielzeug, Kinder- und Jugendbücher, Schulbücher, Sportartikel, Bekleidung für Kleinkinder & Tragehilfen in unserem Bezirk, ein eigener Lebensmittelsozialmarkt existiert nicht. Sehr wohl gibt es einen Lebensmittelsozialmarkt in Wien-Wieden oder auch in Wien-Meidling. Durch die multiplen ökonomischen und sozialen Krisen (Inflation, explodierende Wohn- und Energiekosten, Pleitewellen, Massenarbeitslosigkeit) vergrößerte sich die Zahl jener Mitbürger, die in existenziellen Schwierigkeiten sind, immer mehr. Dies gilt auch in besonderem Maße für unseren Bezirk. Deshalb sollte man auch in Wien-Margareten gemeinsam das Modell eines eigenen Lebensmittelsozialmarktes vorantreiben und von Seiten der Bezirksvertretung politisch unterstützen.

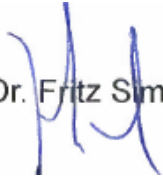
Aktuelle Sozialmärkte:

- ☐ FOODPOINT Auf der Schmelz, Verein START UP (1150 Wien)
- ☐ FOODPOINT Brünnerstraße, Verein START UP (1210 Wien)
- ☐ FOODPOINT Erdberg, Verein START UP (1030 Wien)
- ☐ FOODPOINT Favoriten, Verein START UP (1100 Wien)

- ☐ FOODPOINT Hernals, Verein START UP (1170 Wien)
- ☐ FOODPOINT Leopoldstadt, Verein START UP (1020 Wien)
- ☐ FOODPOINT Meidling, Verein START UP (1120 Wien)
- ☐ FOODPOINT Penzing, Verein START UP (1140 Wien)
- ☐ FOODPOINT Pragerstraße, Verein START UP (1210 Wien)
- ☐ Günstige PCs für Sozialmarkt-Kund:innen - Wiener Hilfswerk, Verein (1070 Wien)
- ☐ Lebensmittelausgabe, Verein MUT (1040 Wien)
- ☐ MaBa, Mama-Baby-Sozialraum (Diakonie Eine Welt Sozialdienst) (1150 Wien)
- ☐ Pfotenmarkt auf Rädern - Tiertafel für Haustiere
- ☐ Samariterbund Sozialmarkt (1100 Wien)
- ☐ Samariterbund Sozialmarkt (1120 Wien)
- ☐ Samariterbund Sozialmarkt (1150 Wien)
- ☐ Samariterbund Sozialmarkt (1210 Wien)
- ☐ Samariterbund Sozialmarkt (1220 Wien)
- ☐ SOMA Sozialmarkt Wien Neubau - Wiener Hilfswerk, Verein (1070 Wien)
- ☐ SOMA Sozialmarkt Wien Penzing - Wiener Hilfswerk, Verein (1140 Wien)
- ☐ SOS-Ballon, Sozialmarkt für Spiel- und Kinderwaren (1050 Wien)
- ☐ Sozialmarkt, Allesverwerter – Verein für sozial Benachteiligte (1100 Wien)
- ☐ Sozialmarkt, Allesverwerter – Verein für sozial Benachteiligte (1160 Wien)
- ☐ Sozialmarkt Donaustadt, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1220 Wien)
- ☐ Sozialmarkt Favoriten, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1100 Wien)
- ☐ Sozialmarkt Ottakring, Sozialmarkt Wien, gemeinnütziger Verein (1160 Wien)
- ☐ Verein Futterbox Österreich – Sozialtafel für Haustiere (3100 St. Pölten, 1190 Wien)
- ☐ Verein „PCs für alle“ (1030 Wien)
- ☐ VinziMarkt, Vinzenzgemeinschaft (1110 Wien)

Quelle: [Thema "Sozialmärkte" - Sozialinfo Wien](#)

BR KO Dr. Fritz Simhandl



BR Andreas Schön



BR Michael Hacaturoglu



BR Martin Raab



BR Arndt Praxmarer, MSC



KLUB DER FREIHEITLICHEN BEZIRKS RÄTE IN MARGARETEN



Soweit in dieser Anfrage/diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Keine Erhöhung für Information und Öffentlichkeitsarbeit Maßnahmen auf Kosten der Pensionisten.

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 09.12.2025 beschließen:

„Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtsstaatlichkeit Budgetmittel für Information und Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk zu reduzieren.“

Begründung

Ein Zeiten knapper Budgets sollte man vor allem auch „bei sich selbst“ sparen. Hier würde sich aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtsstaatlichkeit die Reduktion der Budgetmittel für Information und Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk zu anbieten.

BR KO Dr. Fritz Simhandl

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'F. Simhandl'.

BR Andreas Schön

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Andreas Schön'.

BR Michael Hacaturoglu

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Michael Hacaturoglu'.

BR Martin Raab

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Martin Raab'.

BR Arndt Praxmarer, MSC

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Arndt Praxmarer'.

Bücherei Pannaschgasse: Aufwertung von Ausstattung und Medienangebot

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der Grünen Alternative Margareten stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den Ausbau und die Modernisierung der Bücherei in der Pannaschgasse 6, einschließlich des Medienangebots, zu prüfen und umzusetzen. Dabei sollen die Grundsätze eines zeitgemäßen Bibliothekskonzepts berücksichtigt werden, darunter flexible Raumstrukturen für verschiedene Nutzer*innengruppen, eine verbesserte digitale Ausstattung (z. B. WLAN, Selbstbedienungsterminals, digitale Medienangebote), ein Open-Library-Zugang mit erweiterten Öffnungszeiten, umfassende Barrierefreiheit (z.B. Medien in großen Schriftgrößen oder Brailleschrift) sowie geeignete Räumlichkeiten für unterschiedliche Veranstaltungsformate. Zudem sollen die Ansprache verschiedener Zielgruppen sowie Kooperationen mit Bildungs-, Kultur- und Jugendeinrichtungen gestärkt und soziale wie ökologische Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden.

Begründung

Die Bücherei in der Pannaschgasse ist seit vielen Jahren ein wichtiger Bildungs- und Begegnungsort und trägt maßgeblich zur Chancengleichheit im Grätzl bei. Um ihre Rolle als zeitgemäße öffentliche Bibliothek zu sichern, ist eine umfassende Modernisierung notwendig. Best-Practice-Beispiele wie die ausgezeichnete Stadtbibliothek Siegburg zeigen, wie klassische Büchereien zu flexibel nutzbaren Lebens- und Lernorten weiterentwickelt werden können. Auch in der Pannaschgasse braucht es ein modernes Raum- und Ausstattungskonzept mit ergonomischen, variabel einsetzbaren Möbeln sowie klar strukturierten Bereichen für Kinder, Jugendliche, konzentriertes Arbeiten und ruhiges Lesen. Ein besonderer Schwerpunkt ist auf umfassende Barrierefreiheit zu legen, etwa durch barrierefreie Zugänge, eine altersgerechte Ausstattung sowie ein Medienangebot, das auch großformatige Schrift, taktile Materialien oder Brailleschrift einschließt.

Parallel dazu soll das technische Angebot modernisiert und das Medienportfolio, einschließlich digitaler Formate wie E-Books, Hörbücher und Online-Lernressourcen, erweitert werden. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit WLAN, Computerarbeitsplätzen und Selbstbedienungsterminals bildet hierfür die Grundlage. Zusätzlich ist ein stärker mehrsprachig ausgerichtetes, niedrigschwelliges Medienangebot notwendig, um der Vielfalt des Bezirks gerecht zu werden. Durch ein Open-Library-Konzept mit erweiterten, teilweise personalfreien Öffnungszeiten kann der Zugang deutlich erleichtert und die Bücherei zu einem ganzjährig nutzbaren Treffpunkt werden.

Darüber hinaus könnte die Bücherei ihr Profil als Kultur- und Lernort schärfen, etwa durch Bilderbuchkino, Lesungen oder digitale Bildungsworkshops. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten, Jugendzentren und Kulturinitiativen kann das Angebot breiter verankern und neue Zielgruppen erreichen. Die Modernisierung bietet zudem die Chance, soziale wie ökologische Nachhaltigkeit konsequent mitzudenken; von inklusiven, leicht zugänglichen Angeboten bis hin zu energieeffizienten Lösungen und umweltfreundlichen Materialien.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

BRⁱⁿ Julia Fritz
für den Grünen Klub

Digitale Echtzeit-Anzeigen für den Margaretenplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, bei der Haltestelle Margaretenplatz (Linien 59A und 12A) eine digitale Fahrgastinformationsanzeige zu installieren, um die Abfahrtszeiten der Linien in Echtzeit anzuzeigen.

Begründung

Gerade an stark frequentierten Umsteigepunkten wie dem Margaretenplatz kommt es regelmäßig zu längeren Wartezeiten oder Unsicherheiten über Anschlussverbindungen. Digitale Anzeigen mit Echtzeitinformationen verbessern die Orientierung, Verlässlichkeit und Planbarkeit für Fahrgäste wesentlich.

Durch die Anzeige der aktuellen Abfahrtszeiten wird es den Nutzer:innen ermöglicht, Wartezeiten effizienter zu überbrücken und ihre Wege besser zu koordinieren. Besonders für ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Mobilität und Familien mit Kindern bedeutet dies eine deutliche Erleichterung.

Darüber hinaus tragen moderne Informationssysteme zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs im Bezirk bei und stehen im Einklang mit den Zielen einer digitalen, bürgerfreundlichen und klimafreundlichen Stadtentwicklung.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Margareten kühlt ab: Datenbasiert gegen Hitzeinseln und Versiegelung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die bestehenden Daten zur Hitzebelastung im 5. Bezirk einer fachlichen Überprüfung zu unterziehen und – sofern diese nicht mehr dem aktuellen klimatischen und stadtklimatischen Ist-Stand entsprechen – eine aktualisierte oder neue Hitzestatistik zu erstellen, die besonders belastete Straßenzüge, Plätze und Wohngebiete detailliert ausweist. Auf Grundlage dieser gegebenenfalls aktualisierten Hitzestatistik ist eine umfassende, klimawissenschaftlich begründete Entsiegelungsanalyse für Margareten zu erarbeiten. Diese Analyse soll den gesamten Bestand der versiegelten Flächen systematisch erfassen, im Hinblick auf ökologische, stadtklimatische und gestalterische Kriterien bewerten, die stärksten Hitze-Hotspots priorisieren und jene Flächen identifizieren, bei denen Entsiegelung, Begrünung oder wassersensible Gestaltung den größten Nutzen für das Mikroklima entfalten. Die Ergebnisse beider Analysen sollen dem Umweltausschuss vorgelegt werden, damit dieser auf einer aktuellen, wissenschaftlich abgesicherten Datengrundlage weitere Schritte zur Klimaanpassung beraten und einleiten kann.

Begründung

Margareten zählt zu den dichtest bebauten Bezirken Wiens – mit einem hohen Anteil versiegelter Flächen, vergleichsweise wenigen Grünräumen und geringen Durchlüftungskorridoren. Die letzten Sommer haben eindrucksvoll gezeigt, welche dramatischen Auswirkungen dies auf die Lebensqualität der Bevölkerung hat. Überhitzte Straßen, aufgeheizte Plätze und kaum kühlende Frischluftzufuhr führen dazu, dass der Bezirk in Hitzeperioden zu einem regelrechten Hitzekessel wird. Die bereits bestehenden Daten zur Hitzebelastung im 5. Bezirk sind ein wichtiger Ausgangspunkt, doch angesichts der dynamischen klimatischen Entwicklung ist nicht gewährleistet, dass sie noch den realen thermischen Verhältnissen entsprechen.

Wenn politische Entscheidungen ernsthaft auf Evidenz beruhen sollen, dann braucht es aktuelle, verlässliche und kleinräumig differenzierte Daten. Gleichzeitig ist bekannt, dass Versiegelung einer der stärksten Treiber für urbane Überhitzung ist. Asphalt, Beton und Stein speichern Wärme, verhindern die Verdunstungskühlung und lassen kein Regenwasser in den Boden. In Kombination mit der dichten Bebauung entsteht ein

mehrfach verstärkender Hitzeeffekt, der besonders vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Vorerkrankungen massiv belastet.

Eine Entsiegelungsanalyse, die explizit auf die Hitze-Hotspots abstellt, stellt deshalb nicht nur eine planerische Maßnahme dar, sondern einen sozialpolitischen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung. Sie erlaubt, Flächen zu identifizieren, deren Entsiegelung den höchsten klimawirksamen Nutzen bringt – dort, wo Menschen tatsächlich leben, gehen, spielen, arbeiten und sich im öffentlichen Raum aufhalten.

Darüber hinaus schafft eine solche Analyse die Voraussetzung, Margareten schrittweise an die gesamtstädtischen Klimaziele anzubinden: mehr Versickerung, mehr Beschattung, mehr Biodiversität, mehr Grün in den Straßen. Kurz: Mehr Lebensqualität statt immer heißerer Asphaltflächen.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Umbauoffensive Hydranten in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob folgende Hydranten zu öffentlichen Wasserspendern bzw. Trinkbrunnen umfunktioniert werden können, und dies bei positiver Beurteilung umzusetzen:

- Margaretenstraße / Ecke Gartengasse
- Schönbrunner Straße / Ecke Wehrgasse
- Zeuggasse / Ecke Ziegelofengasse

Begründung

Im Bezirk Margareten bestehen zahlreiche Hitzehotspots, die in den Sommermonaten zu einer erheblichen Belastung für Anrainer:innen, Passant:innen und Tiere führen. Die Umrüstung bestehender Hydranten zu Wasserspendern oder Trinkbrunnen kann hier eine niederschwellige, rasch umsetzbare und kosteneffiziente Maßnahme zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Mikroklimas darstellen.

Zudem würde die Bewässerung von Baumscheiben und Grünflächen durch nahegelegene Wasserentnahmestellen erleichtert, was eine nachhaltige und ressourcenschonende Pflege des öffentlichen Grüns unterstützt.

Anhang



BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Ladezone Margaretenstraße – Entlastung für Betriebe und Verkehr

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Margaretenstraße (in der Höhe 76-82) die Einrichtung von Ladezonen mit ausgeweiteten Ladezeiten (werktags 6:00-22:00) zu prüfen und umzusetzen. Dadurch soll eine geordnete und sichere Möglichkeit für Lieferungen geschaffen werden, die den ansässigen Betrieben eine bessere Planbarkeit und Flexibilität bei der Warenanlieferung bietet und zugleich den Verkehrsfluss in der Margaretenstraße entlastet.

Begründung

Die Margaretenstraße ist eine stark frequentierte Geschäftsstraße, in der Betriebe regelmäßig beliefert werden müssen. Da derzeit nur wenige Ladeflächen (Länge: 12.8m), in diesem Bereich vorhanden sind und die bestehenden Zeitfenster (Zeitraum: werktags 10:00-18:30) oft nicht ausreichen, kommt es immer wieder dazu, dass Lieferfahrzeuge in zweiter Spur oder sogar auf Gehsteigen parken. Das führt zu Behinderungen für den Verkehr, zu gefährlichen Situationen für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen und mindert die Aufenthaltsqualität.

Eine Ladezone mit ausgeweiteten Ladezeiten würde hier Abhilfe schaffen: Sie ermöglicht den Betrieben eine planbare und sichere Warenanlieferung, reduziert illegales Halten im Straßenraum und erhöht damit zugleich die Verkehrssicherheit und die Attraktivität der Margaretenstraße.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

WienMobil-Rad-Station am Margaretenplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09. Dezember 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer WienMobil-Rad-Station im Bereich des Margaretenplatzes – vorzugsweise im Umfeld der Strohbachgasse 2 oder an einer anderen gut einsehbaren, zentralen Stelle – zu prüfen und umzusetzen. Ziel ist es, den Margaretenplatz als wichtigen Knotenpunkt im Bezirk durch ein zusätzliches Angebot nachhaltiger Mobilität aufzuwerten und die Anbindung an das bestehende WienMobil-Radnetz zu verbessern.

Begründung

Der Margaretenplatz ist ein zentraler und stark frequentierter Bereich des Bezirks, in dessen Umgebung sich zahlreiche Wohnhäuser, Geschäfte, Gastronomiebetriebe sowie das Amtshaus befinden. Eine WienMobil-Rad-Station an diesem Standort würde die Möglichkeiten für umweltfreundliche Mobilität deutlich erweitern und eine attraktive Ergänzung zu bestehenden öffentlichen Verkehrsangeboten schaffen. Gerade für kurze Wege innerhalb des Bezirks oder für die schnelle Anbindung an U-Bahn- und Straßenbahnlinien stellt das WienMobil-Rad eine praktische und klimafreundliche Alternative dar. Durch die gute Sichtbarkeit und Erreichbarkeit am Margaretenplatz könnte die Station eine hohe Auslastung erzielen und so einen wertvollen Beitrag zur Verkehrsberuhigung, zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und zur Stärkung nachhaltiger Mobilität leisten.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Ein Atelierhaus für Margaretnr Künstler:innen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Stadträtin Veronica Kaup-Hasler, Amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, wird ersucht in Kooperation mit der Bezirksvorstehung Margareten und den entsprechenden Magistratsabteilungen ein Atelierhaus für bildende Künstler:innen zu ermöglichen, das ein langfristiges und sicheres Arbeiten in leistbaren Räumlichkeiten gewährleistet.

Begründung

In den nächsten Monaten werden an die 150 – zum großen Teil sehr junge Künstler:innen – ihre Arbeitsräumlichkeiten verlieren. Das Haus in der Bräuhausgasse musste bereits geräumt werden, die Absiedlung des Creativ Clusters ist noch nicht terminisiert, aber absehbar.

Auch im 12. Bezirk muss das inspirierende KunstQuartier Wien Meidling (KQWM), in dem 80 Künstler:innen arbeiten Ende des Jahres ausziehen.

Margareten ist ein Bezirk, in dem viele Künstler:innen leben und der stolz darauf ist, einer bunten und vielfältigen Künstler:innenschaft die Möglichkeit zu bieten zu arbeiten. Zwischennutzungen für leerstehende Gebäude sind eine gute Sache, aber sie setzen voraus, dass für die Zeit nach Ablauf einer solchen Vereinbarung Lösungen gefunden werden. Dafür möchte sich die Bezirksvertretung Margareten einsetzen.

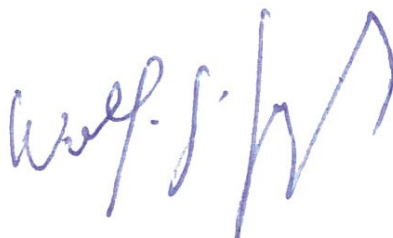
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans



Auguste Bailly Steg

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für die Benennung des bisher namenlosen Stegs zwischen 5. und 6. Bezirk zwischen Wientalterrasse und U Bahnstation Pilgramgasse nach Auguste Bailly aus und ersucht den Wiener Gemeinderat, die MA 7, den Unterausschuss für Verkehrsflächenbenennungen und den Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft, diesen Vorschlag zu überprüfen.

Begründung

Auguste Bailly - auch "Gusti" oder "Gustl" gerufen - wurde als Auguste Krammel in Wien geboren. Sie war zunächst in der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend aktiv und wechselte 1931 zum Kommunistischen Jugendverband. Trotz Verbot arbeitete Bailly im Austrofaschismus von 1934 bis 1938 für die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Österreichs 1938 flüchtete sie nach Belgien, wo sie unter anderem mit Lotte Brainin, Hertha Fuchs-Ligeti, Anna Hand und Hedy Urach ihre Widerstandsaktivitäten fortsetzte. Dort heiratete sie den belgischen Kommunisten, Widerstandskämpfer und Magazineur Albert Viktor Paul Ghislain Bailly (* 1. November 1916) und erhielt dadurch die belgische Staatsbürgerschaft.

Nachdem im Mai 1940 Truppen der Deutschen Wehrmacht das neutrale Belgien besetzt hatten, entschied Auguste Bailly wieder nach Österreich zurückzukehren. Beim zweiten Versuch wurde ihr nach Gestapo-Verhören die Ausreise aus Belgien gestattet. In Wien angekommen nahm sie Kontakt zum kommunistischen Widerstand auf und arbeitete etwa mit der ebenfalls aus Belgien heimgekehrten und mittlerweile zum Leitungsgremium der kommunistischen Bewegung gehörenden Hedy Urach und Erwin Puschmann zusammen.

Am 10. Oktober 1941 wurde Auguste Bailly verhaftet, inhaftiert und verhört. Während der Gerichtsverhandlung im Oberlandesgericht Wien wurde ihr etwa vorgeworfen kommunistische Untergrundgruppen zu leiten, ihre Wohnung für verbotene Zusammenkünfte zur Verfügung zu stellen und Botengänge für Hedy Urach durchzuführen. Bailly leugnete die Vorwürfe und wurde, da keine Zeug:innen gegen sie aussagten, vom Gericht freigesprochen.

Sie wurde allerdings nicht freigelassen, sondern - vermutlich im Rahmen einer "Schutzhaft" - in das Zuchthaus Aichach bei München verlegt. Margarete Schütte-Lihotzky, eine Mitgefangene Baillys, berichtete, dass sie bis Kriegsende 1945 dort in Haft blieb.

Quellen ANNO: Albert Viktor Paul Ghislain Bailly (Verfahren zur Todeserklärung). In: Wiener Zeitung, 3.10.1947

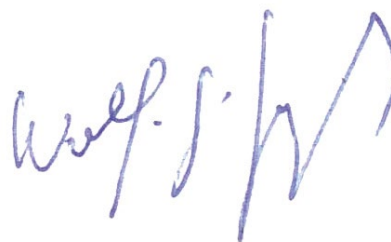
Für KPÖ & LINKS Margareten

A stylized handwritten signature in blue ink, featuring a large loop at the top and a long horizontal stroke extending to the right.

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

A handwritten signature in blue ink, consisting of a series of connected loops and a long horizontal stroke at the end.

BR Camilla Gerstner

A handwritten signature in blue ink, with a more complex, angular structure featuring several sharp turns and a long horizontal base.

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Margaretengürtel 114-116 zum Gemeindebau machen

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten begrüßt die Zwangsversteigerung des „Horrorhauses“ Margaretengürtel 114-116 und ersucht Bürgermeister Michael Ludwig, die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Katharin Gaal, Finanzstadträtin Barbara Novak und Wiener Wohnen, zu prüfen, ob der Ankauf des Hauses mit seinen 60-80 Wohnungen möglich ist.

Begründung

Margareten gilt als einer der ärmsten Bezirke Wiens mit niedrigen Einkommen. Sowohl Kinderarmut als auch Altersarmut sind in diesem Bezirk relevante Probleme. Das selbstgesteckte Ziel, ein sozialer Musterbezirk zu werden, würde durch 80, dem freien Markt entzogenen Gemeindebauwohnungen, einen weiteren Schritt näher kommen. Im Vergleich zu Neubauten auf der grünen Wie-
se ist die infrastrukturelle Versorgung schon vorhanden. Auch eine Begrünung des Daches und Errichtung einer Photovoltaikanlage wäre für ganz Margareten nützlich.



Für KPÖ & LINKS Margareten

Claudia Krieglstener
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans



Radfahren gegen die Einbahn auf einem Stück der Margaretenstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob es in der Margaretenstraße von der Johannagasse bis zur Amtshausgasse verkehrstechnisch möglich ist, das Radfahren gegen die Einbahn zu erlauben und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Begründung

An einigen Stellen ist es in Margareten bereits erlaubt mit dem Rad gegen die Einbahn zu fahren und dies erlaubt eine ökologisch und gesundheitlich ausgezeichnete Fortbewegungsart attraktiver zu machen.

Für KPÖ & LINKS Margareten

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

BR Camilla Gerstner

BR DI Wolf-Goetz Jurjans



ERRICHTUNG EINES MAHNMALS GEGEN FEMIZIDE IN MARGARETEN

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständige Stadträtinnen für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie für Kultur und Wissenschaft, sowie die zuständigen Magistratsabteilungen (MA7, MA37, MA35) werden ersucht, für Margareten eine Ausschreibung zur Errichtung eines Mahnmals gegen Femizide zu realisieren, die sich an Wiener Künstler*innen richtet.

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien sowie die entsprechenden Magistratsabteilungen werden ersucht, einen geeigneten Standort für ein dauerhaft installiertes Mahnmal in Margareten zu finden, ein künstlerisches Konzept mittels Open Call auszusuchen und die Umsetzung dessen zu realisieren.

Begründung

Im Jahr 2025 hat es in Österreich (Stand 17.11.2025) bereits 14 Femizide gegeben, 4 davon allein in Wien.*

Femizid ist die vorsätzliche Tötung einer Frau durch einen Mann aufgrund ihres Geschlechts bzw. aufgrund von "Verstößen" gegen die traditionellen sozialen und patriarchalen Rollenvorstellungen, die Frauen zugeschrieben werden.

Femizide gehören daher zu den Hassverbrechen. Neben den vielen Morden werden zahlreiche Frauen von ihren Partnern schwer verletzt und krankenhaushausreif geschlagen. 2021 gab 63 Mordversuche an Frauen durch männliche Partner. Die Täter sind meist nahestehende Familienmitglieder, Ehemänner, Brüder oder Väter.

In Margareten soll auf diese Gewalt und die Wichtigkeit von frühzeitiger und effektiver Aufklärung & Prävention aufmerksam gemacht werden. Deshalb soll im Bezirk ein Denkmal mit künstlerischem Wert errichtet werden, welches auf die Opfer der Gewaltverbrechen aufmerksam macht und ihre Geschichte widerspiegelt.

*laut Initiative Autonome Österreichische Frauenhäuser

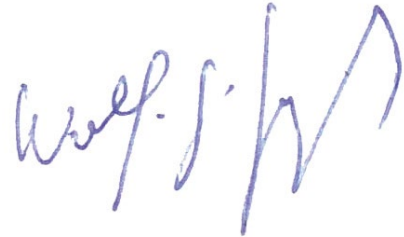
Für KPÖ & LINKS Margareten

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large loop followed by a series of smaller, connected strokes.

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, stylized 'C' followed by a series of connected, flowing strokes.

BR Camilla Gerstner

A handwritten signature in blue ink, starting with a large 'W' followed by a series of connected, flowing strokes.

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für mehr Sicherheit im Straßenverkehr durch Reduktion von Fahrzeugen z.B. SUVs aus, die durch ihre Größe, ihr Gewicht, ihren Treibstoffverbrauch, ihre Emissionen und durch das erhöhte Risiko durch sie schwer oder sogar tödlich verletzt zu werden ein höheres Sicherheitsrisiko bergen als andere PKWs.

Begründung

Was in Paris, in Basel, in Hannover, in Tübingen, in Washington zu mehr Verkehrssicherheit führt kann auch für Wien zielführend sein.

<https://www.adac.de/news/paris-suv-parken-teurer/>

<https://www.deutschlandfunk.de/suv-kritik-autos-innenstadt-umwelt-verkehr-100.html>

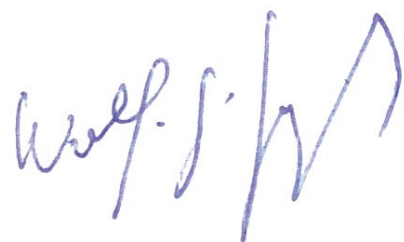
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Verstärkte Präventionsmaßnahmen gegen Armut

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für verstärkte Präventionsmaßnahmen gegen Armut in der Zeit multipler Krisen aus.

Begründung

Zum „Internationalen Tag gegen Armut“ haben Organisationen bei einer Pressekonferenz in Wien aufgezeigt, wie Armut durch Vorsorgemaßnahmen bekämpft werden kann. Im Zentrum standen soziale Sicherungssysteme.

In Wien gelten 400.000 Menschen als armutsgefährdet, es gibt eine hohe Dichte an Risikohaushalten.

Margreten gilt als einer der ärmsten Bezirke Wiens, da das Durchschnittseinkommen deutlich unter dem Wiener Durchschnitt liegt. Der Bezirk ist von Armut betroffen insbesondere durch Altersarmut, Kinderarmut aber auch bei Alleinerziehenden und Menschen die auf AMS Leistungen angewiesen sind.

Sicherheit ist nur als soziale Sicherheit für alle denkbar.

<https://wien.orf.at/stories/3326147/>

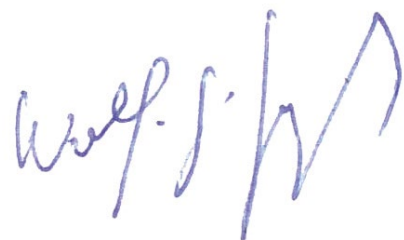
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Gegen die Schließung des Sozialpsychiatrischen Zentrums der CARITAS

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich gegen die Schließung des Sozialpsychiatrischen Zentrums der CARITAS in der Wiedner Hauptstraße 105 in 1050 Margareten aus.

Begründung

Manche Menschen kommen täglich, andere sporadisch. Insgesamt 100 Personen mit chronischen psychischen Erkrankungen und Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis haben im Sozialpsychiatrischen Zentrum (SPZ) in der Wiedner Hauptstraße 105 in Margareten einen Ort, an dem sie Zeit verbringen und sich bei Problemen Hilfe holen können. "Die Menschen, die ins Sozialpsychiatrische Zentrum kommen, wohnen grundsätzlich privat, finden dort aber eine Tagesstruktur und einen Ort, an dem sie einfach sein können", sagt Klaus Schwertner, Direktor der Caritas der Erzdiözese Wien. Sie erhalten sozialarbeiterische Unterstützung für den Alltag, zum Beispiel mit Anträgen bei Behörden, es gibt Freizeitangebote und gruppen-therapeutische Einheiten. ...Es ist zu befürchten, dass einige ihre Wohnung verlieren, weil sie es nicht alleine schaffen, alles Nötige dafür zu erledigen und dass einige in schwere psychische Krisen fallen werden und dann ins Spital müssen", sagt Schwertner. Er gibt zu bedenken, dass es sich bei den Betroffenen um Menschen handelt, bei denen Veränderungen Krisen auslösen können. "Die mittelfristigen Folgekosten werden viel größer sein als das Sparpotenzial, das man hier heben will", warnt er.

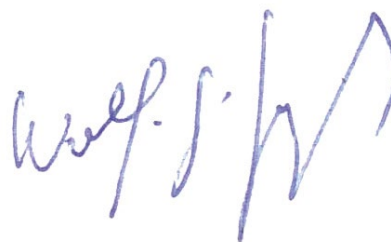
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans

Fairer Wettbewerb 1

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 09.12.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA59, werden ersucht, ihre Kontrollen von Lebensmittelhändlern in Margareten, hinsichtlich Öffnungszeiten, Preisauszeichnung, Herkunftsdeklaration, hygienischen Zustand des Betriebs verstärkt fortzusetzen.

Begründung

Nur die Einhaltung der einschlägigen Gesetze und Vorschriften, auch wenn man manche dieser kritisch sehen kann, garantiert einen fairen Wettbewerb.

Leider ist immer häufiger beobachten, dass sich nicht alle Marktteilnehmer an diese Regeln, z.B. der Sonntagsöffnung, halten.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzRin Komm.Rätin Maria Böhm

KO BzR Klaus Mayer

Fairer Wettbewerb 2

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 09.12.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA59, werden ersucht, ihre Kontrollen von so genannten „Barber-Shops“ in Margareten, hinsichtlich Öffnungszeiten und hygienischen Zustand des Betriebs verstärkt fortzusetzen.

Begründung

Nur die Einhaltung der einschlägigen Gesetze und Vorschriften, auch wenn man manche dieser kritisch sehen kann, garantiert einen fairen Wettbewerb.

Leider ist immer häufiger beobachten, dass sich nicht alle Marktteilnehmer an diese Regeln, z.B. der Sonntagsöffnung, halten.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzRin Komm.Rätin Maria Böhm

Permanente Stationsaufsicht- UStraba

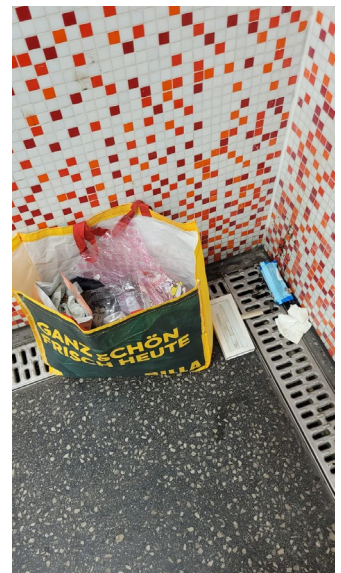
Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Wiener Volkspartei stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 09.12.2025 gemäß § 104 WStV i.V.m. § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin möge auf die Wiener Linien dahingehend einwirken, dass in den Stationen der Wiener-Linien Blechturmgasse, Kliebergasse, Laurenzgasse, Eichenstraße, Matzleinsdorferplatz und Margaretengürtel eine permanente Stationsaufsicht eingerichtet wird.

Begründung

Der öffentliche Verkehr trägt einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen und daher klimaschonenden Mobilität bei. Damit den Fahrgästen in unserem Bezirk eine sichere Fahrt samt Aufenthalt in den Stationen gewährleistet werden kann, bedarf es aufgrund der sich immer schwerwiegender gestalteten Sicherheitsproblematik im Zusammenhang mit Drogenkonsum und dem vermehrten Auftreten diverser Delikte in Verkehrsmitteln und Stationen der Wiener-Linien einer Lösung. Beispielhaft sei der Fall des Serientäters in der Station Kliebergasse erwähnt, der von Mai bis Dezember 2023 sexuell gegenüber Frauen und Mädchen übergriffig war. (<https://www.vienna.at/serien-grapscher-schlug-bei-wiener-bim-station-zu-weitere-opfer-gesucht/8523160>) Diese Problematik wurde nach langer Zeit auch von allen Parteien im Bezirk erkannt und in dementsprechenden Beschlüssen der Bezirksvertretung der vergangenen Periode festgehalten.



Damit die Sicherheit der Passagiere gewährleistet werden kann, sollte eine permanente Stationsaufsicht - wie diese bereits vor 20 Jahren bestand – wieder eingerichtet werden. Diese kann, weil vor Ort im Anlassfall einschreiten, Hilfe leisten und die entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung des Missstandes unmittelbar und rasch einleiten. In den Stationen sind teilweise dementsprechende Räumlichkeiten noch vorhanden und müssten nur adaptiert werden.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzR Maria Böhm

Baustelle Gymnasium Rainergasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 09.12.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, der Baustelle „Turnsaal Rainergasse“ in der Kriehubergasse eine Reifenwaschanlage vorzuschreiben.

Begründung

Eigentlich ist es verwunderlich, dass diese Auflage nicht schon Bestandteil des Bausbescheids war.

Jedenfalls ist die Fahrbahnen in der Umgebung dieser Baustelle über Gebühr verschmutzt, ein Missstand, den es zu beseitigen gilt.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzRin Komm.Rätin Maria Böhm

Pfandringe

Der unterzeichnete Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretung am 09.12.2025 gemäß §24 GO-BV folgenden

Initiativantrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA48, werden ersucht, in Margareten ein Pilotprojekt mit so genannten „Pfandringen“ an öffentlichen Müllsammelbehältern durchzuführen. Margareten als Sitz der MA48 bietet sich ja hierfür geradezu an. Als mögliche Standorte bieten sich vorerst stark frequentierte Orte, wie der Siebenbrunnen Platz, die Reinprechtsdorfer Str., die U-Bahn Station Pilgramgasse, der Margaretenplatz sowie die Wiedner Hauptstraße / Kriehubergasse an.

Begründung

Am 27.11. strahlte der ORF eine Doku über „Pfandsammler“ aus. Der Antragsteller beobachtete am gleichen Tag selbst, wie jemand auf der Wiedner Hauptstraße in einem Mistkübel nach Pfandgut „stierelte“..

Pfandringe, wie sie jetzt in Salzburg oder Linz im Probetrieb sind, wären ein wichtiger Beitrag, die Würde der Pfandsammler*innen zu wahren!

Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen, sammeln Pfandflaschen und - Dosen, um sich mit dem Pfand ein Zubrot zu verdienen. Auf der Suche nach den Behältnissen greifen sie in die Mülleimer, in denen sich neben Speiseresten auch Scherben, Spritzen oder Hundekottüten befinden können.

Mit Pfandringen können Städte und ihre Bürger einfach einen gemeinschaftlichen Beitrag leisten, der sowohl sozial, als auch ökologisch und ökonomisch wertvoll ist.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly